

## GI Rechtsprechungs- änderungen (BVerfG)

### Pflicht zur Weiterleitung von Fristsache an zuständiges Gericht

Das Bundesverfassungsgericht hat einer Verfassungsbeschwerde im Hinblick auf eine nicht gewährte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand stattgegeben. Nach dem **Gebot eines fairen Verfahrens** ist ein Gericht, das bereits mit dem Verfahren befaßt war, auch noch nach Abschluß der Instanz verpflichtet, bei ihm eingereichte **fristgebundene Schriftsätze** für das Rechtsmittelverfahren im Zuge des normalen Geschäftsgangs **an das Rechtsmittelgericht weiterzuleiten**. Wird der Schriftsatz so zeitig eingereicht, daß die fristgerechte Weiterleitung erwartet werden kann, muß der Partei Wiedereinsetzung gewährt werden, wenn der Schriftsatz nicht rechtzeitig an das Rechtsmittelgericht gelangt. Ein etwaiges Verschulden der Partei oder ihres Prozeßbevollmächtigten bei der Einreichung wirkt sich insoweit nicht aus. Diese Grundsätze sollen auch bei einer Änderung der Gerichtsorganisation sinngemäß für die neuerrichteten Gerichte gelten.

Das Bundesverfassungsgericht hat in diesem Verfahren darauf hingewiesen, daß es in zivilgerichtlichen Verfahren einer **Rechtsmittelbelehrung für den Beginn der Berufungsbe gründungsfrist** nicht bedarf. Das Rechtsmittel-system im zivilrechtlichen Klageverfahren soll hinreichend überschaubar sein. In einer abweichenden Meinung wurde darauf hingewiesen, daß amtsrichterliche Urteile mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen sein sollten. (Beschl. d. 1. Senats v. 20.6.1995 – 1 BvR 166/93)

(Pressemitteilung d. Bundesverfassungsgerichts)

## GI Rechtsprechungs- änderungen (BFH)

### Wirkung der AdV auf Vorauszahlungen

Auf Vorlage des 10. Senats des Bundesfinanzhofs hat der Große Senat entschieden, daß im Umfange der Aufhebung der Vollziehung eines

Einkommensteuerbescheides auch die Beträge dem Steuerpflichtigen – vorläufig – zu erstatten sind, die er als Einkommensteuer-Vorauszahlungen an das Finanzamt entrichtet hat. Nach bisheriger Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs durfte das Finanzamt trotz der Aufhebung der Vollziehung des Einkommensteuerbescheides Vorauszahlungen behalten.

(Beschl. d. Großes Senates des Bundesfinanzhofes v. 3.7.1995 – GrS 3/93)

(Pressemitteilung des Bundesfinanzhofs)

## GI Leitsätze

### Zugang des Steuerbescheides/ Beweisführung durch das Finanzamt / Bekanntgabe mit einfachem Brief

Keine Beweiserleichterung zugunsten des Finanzamtes für den Fall, daß der Zugang bei normalem Postlauf nicht gewährleistet ist.

(Beschl. v. 18.2.1994 – XI R 51/93  
– BFH/NV 1994, 837)

**Anmerkung:** Die BFH weist darauf hin, daß dem Finanzamt der volle Beweis über den Zugang des Steuerbescheides selbst dann obliegt, wenn der Nichtzugang eines Bescheides erst nach 6 Jahren geltend gemacht wird.  
(BFH Bundessteuerblatt II 1989, 534)

### Verjährung / Regreß gegen Steuerberater / Teilschaden / Vorauszahlung

Mit dem Eintritt des ersten Teilschadens beginnt die Verjährung des Anspruchs auf Ersatz des gesamten Schadens, soweit der Schaden vorausehbar ist.

Ein Schaden ist eingetreten, wenn die Pflichtverletzung des Steuerberaters dazu führt, daß Vorauszahlungen bei der Steuerfestsetzung nicht erstattet werden.

(OLG München, Urt. v. 19.7.1994 – 25 U 2355/94  
– rkr. – StB 1995, 114)

## **Fristversäumnis**

- Versehen
- Postversand

(BGH, Beschl. v. 14. 7. 1994 – VII ZB 7/94)

### **Leitsatz:**

**Es begründet kein Anwaltsverschulden, wenn eine geschulte und zuverlässige Auszubildende im zweiten Lehrjahr einen Berufungsschriftsatz versehentlich in einen nicht an das Berufungsgericht bestimmten Briefumschlag einlegt, so daß die Berufung nicht fristgerecht eingeht.**

### **Tatbestand:**

Die Beklagte war u. a. zur Zahlung in Höhe von 369.026,81 DM zuzüglich Zinsen verurteilt worden. Das Urteil war ihr am 2. 12. 1993 zugestellt worden. Mit Schriftsatz vom 18. 1. 1994, eingegangen am 20. 1. 1994, beantragte sie Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsfrist und legte gleichzeitig Berufung ein.

Das Berufungsgericht hat den Antrag zurückgewiesen und das Rechtsmittel als unzulässig verworfen.

Die sofortige Beschwerde der Bekl. hatte Erfolg.

### **Aus den Gründen:**

Wie die Beklagte durch ihre Prozeßbevollmächtigten – teilweise in zulässiger Weise ergänzt im Beschwerdevorbringen (vgl. dazu Senat v. 10. 2. 1994 – VII ZB 25/93 – VersR 94, 1368; v. 25. 2. 1976 – VIII ZB 3/76 – VersR 76, 732; v. 26. 11. 1991 = GI 92/239 = VersR 92, 983 = NJW 92, 697) – glaubhaft macht, hat RA B. in Vertretung des sachbearbeitenden Anwalts noch am Tag der Auftragserteilung, am 28. 12. 1993, die an das zuständige OLG gerichtete Berufungsschrift von der Rechtsanwaltsgehilfin P. nach Diktat schreiben lassen. P. hat den Schriftsatz unter Beifügung der Ausfertigung des angefochtenen Urteils RA B. zur Unterzeichnung vor-

gelegt. In der Unterschriftenmappe befand sich auch ein an die Beklagte gerichtetes Informationsschreiben, mit dem ihr die Berufungseinlegung mitgeteilt und eine Kopie der Berufungsschrift zugesandt werden sollte.

**Nach der Unterzeichnung** des Berufungsschriftsatzes durch RA B. **übergab P. die Unterschriftenmappe noch am 28. 12. 1993 der für den Postversand zuständigen Auszubildenden im zweiten Lehrjahr A. Unmittelbar danach löschte sie** – entsprechend der in der Kanzlei bestehenden Organisationsverfügung – **die Frist im Fristenkalender.**

A., deren Arbeit bisher trotz regelmäßiger Überprüfung keinen Anlaß zu Beanstandungen gab, legte die Unterschriftenmappe auf einen besonderen „Posttisch“, der frei von anderen Akten und Schriftstücken war, um die Schriftsätze in die mit einem „Sichtfenster“ versehenen Umschläge zu legen. Dabei hat sie versehentlich die Berufungsschrift (dreifach) und die Urteilsausfertigung des angefochtenen Urteils in die für die Beklagte bestimmte Postsendung (Informationsschreiben und Kopie der Berufungsschrift) gelegt, so daß die für das Berufungsgericht bestimmte Post der Beklagten zugeleitet wurde.

Infolge des bis 9. 1. 1994 dauernden Betriebsurlaubs hat der bei der Beklagten tätige Assessor F. die Postsendung erst am 10. 1. 1994 erhalten. Nachdem er das Versehen der beauftragten Berufungsanwälte festgestellt hatte, verständigte er am 11. 1. 1994 deren Kanzlei. Bei dieser Sachlage hat das Berufungsgericht den Antrag auf Wiedereinsetzung zu Unrecht zurückgewiesen.

Das Berufungsgericht verkennt zwar nicht, **daß ein Rechtsanwalt auch geschulte und zuverlässige Auszubildende mit der Erledigung der ausgehenden Post betrauen darf** (vgl. Zöller/Greger, ZPO 18. Aufl. § 233 Rdn. 23, „Büropersonal“ m. N.). Soweit es jedoch fordert, daß die für die Absendung fristwahrender Schriftsätze verantwortliche Angestellte sich anhand eines Postausgangsbuchs von der Richtigkeit der Einordnung der Schriftsätze in die Umschläge überzeugen müsse, übersteigt das die zu stellenden Anforderungen, **zumal die**

**Prozeßbevollmächtigten der Beklagten gar kein Postausgangsbuch führen, ohne daß ihnen insoweit ein Verstoß gegen die anwaltliche Sorgfaltspflicht vorgeworfen werden kann.**

Vielmehr **durften sie sich darauf verlassen, daß A. die einfache Tätigkeit, um die es hier geht, auch ohne eine zusätzliche „Dauerkontrolle“ wie bisher zuverlässig erledigen würde.** Damit fehlt es an einem Organisationsverschulden der Prozeßbevollmächtigten, für die die Beklagte hätte einstehen müssen (§§ 233, 85 Abs. 2 ZPO).

Auch der Vorwurf des Berufungsgerichts, die Beklagte treffe ein eigenes Verschulden an der Fristversäumung, weil sie während des Betriebsurlaubs nicht dafür Sorge getragen habe, daß Anwaltspost sofort geöffnet wird, hält der Nachprüfung nicht stand. Da die Berufungsfrist erst am 3.1.1994 ablief, blieb mit der Wiederaufnahme des Geschäftsbetriebs am 10.1.1994 genügend Zeit, um die Berufungsbegründung mit den Prozeßbevollmächtigten zu beraten. Auf ein Versehen der hier vorliegenden Art mußte sich die Beklagte nicht einrichten. Im übrigen spricht viel dafür, daß eine juristisch nicht vorgebildete Büroangestellte das Versehen gar nicht bemerkt hätte. Daß während des Betriebsurlaubs eine in Rechtssachen bewanderte Person anwesend war, konnte von der Beklagten nicht erwartet werden.

## Amtshaftung

- Verjährungsunterbrechung
- unrichtiger Gewinnfeststellungsbescheid (BGH, Urt. v. 6.7.1995 – III ZR 145/94)

### Leitsatz:

**Wird der Amtshaftungsanspruch darauf gestützt, daß die Amtspflichtverletzung in der Vollziehung eines unrichtigen Steuerbescheides bestehe, der seinerseits auf einem unrichtigen Gewinnfeststellungsbescheid beruhte, so kann die**

**auf Feststellung der Nichtigkeit jenes Gewinnfeststellungsbescheides gerichtete finanzgerichtliche Klage die Verjährung des Amtshaftungsanspruchs unterbrechen.**

### Tatbestand:

Die Kläger erwarben als Gesellschafter bürgerlichen Rechts im Jahre 1980 ein Grundstück in W. und errichteten darauf vier Einfamilienhäuser, die sie im Jahre 1982 für 1.471.521 DM veräußerten. Bei ihren Einkommensteuererklärungen für die Jahre 1981 bis 1983 gaben sie die Herstellungskosten der Häuser mit einem Schätzbetrag von 1.132.000 DM an. Das zuständige Finanzamt V., eine Behörde des beklagten Landes, akzeptierte die Schätzung zunächst und erließ entsprechende Gewinnfeststellungsbescheide unter dem Vorbehalt der Nachprüfung.

Bei einer Betriebsprüfung im Jahre 1985 wiesen die Kläger die Baukosten nicht durch entsprechende Belege nach. Das Finanzamt erkannte daraufhin Baukosten in Höhe von lediglich 117.416 DM an und stellte Jahresgewinne von 79.960 DM für 1981 und von 1.148.039 DM für das Jahr 1982 fest. Es erließ am 10.12.1985 einen entsprechenden „zusammengefaßten geänderten Gewinnfeststellungsbescheid“. Dem Bescheid war eine in ihm erwähnte und in Bezug genommene Anlage nicht beigelegt. Er ist nach Angaben des beklagten Landes am 10.12.1985 zur Post gegeben worden; die beigelegte Postzustellungsurkunde kam nicht an das Finanzamt zurück.

Auf der Grundlage dieser Gewinnfeststellung erließ das Finanzamt im Januar 1986 geänderte Einkommensteuerbescheide für die Jahre 1981 bis 1983. Am 10.6.1986 legte der Kläger zu 1 gegen alle aufgrund der Betriebsprüfung ergangenen Bescheide Einspruch ein und beantragte, ihm Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren. Mit Bescheid vom 13.1.1988, zugestellt am folgenden Tage, wies das Finanzamt die Einsprüche gegen die Feststellungsbescheide im wesentlichen (mit einer geringfügigen Änderung) als unbegründet zurück. Mit

Schriftsatz vom 1.8.1988 erhob der Kläger zu 1 Klage vor dem Finanzgericht D. mit dem Antrag, die Gewinnfeststellungsbescheide 1981 bis 1983 vom 10.12.1985 aufzuheben. In dem Verfahren wurde die Klägerin zu 2 beigeladen. In der mündlichen Verhandlung vom 1.12.1989 äußerte das Finanzgericht seine Rechtsauffassung, daß der Gewinnfeststellungsbescheid mangels ordnungsgemäßer Bekanntgabe nichtig sei. Der Kläger zu 1 beantragte daraufhin hilfsweise, die Unwirksamkeit der Bescheide festzustellen. Diesem Hilfsantrag gab das Finanzgericht durch rechtskräftig gewordenes Urte. v. 1.12.1989, zugestellt am 6.1.1990, statt. Der Hauptantrag wurde wegen Versäumung der Klagefrist als unzulässig abgewiesen. Das Finanzamt erließ daraufhin neue Bescheide, die vom Kläger zu 1 wiederum mit der Klage vor dem Finanzgericht angefochten wurden. In dem neuen finanzgerichtlichen Verfahren wurde der Gewinn der Kläger aus den Jahren 1981 bis 1983 endgültig durch Vergleich festgestellt. Daraus ergab sich, daß die aufgrund des Ursprungsbescheides vom 10.12.1985 geltend gemachten Steuerforderungen nicht bestanden.

Ab März 1986 hatte das Finanzamt die aufgrund des Bescheides vom 10.12.1985 errechneten Steuerrückstände beigetrieben. Die Kläger haben behauptet, durch diese Vollstreckungsmaßnahmen seien sie zu Notveräußerungen von Vermögenswerten gezwungen worden und hätten einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden erlitten. Diesen Schaden verlangen sie mit der vorliegenden Amtshaftungsklage von dem beklagten Land ersetzt. Die Klageschrift ist am 22.12.1992 bei dem Landgericht eingegangen. Die Prozeßgebühr wurde am 2.2.1993 gezahlt; die Zustellung der Klageschrift an das beklagte Land erfolgte am 11.2.1993. Das beklagte Land hat das Vorliegen schuldhafter Amtspflichtverletzungen der tätig gewordenen Finanzbeamten bestritten, ferner eingewandt, die Kläger treffe ein erhebliches Mitverschulden, und schließlich die Einrede der Verjährung erhoben.

.....

## Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Aufhebung des angefochtenen Berufungsurteils und zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

### I.

1. Das Berufungsgericht geht zutreffend davon aus, daß als Grundlage für die streitgegenständlichen Schadenersatzansprüche allein die Amtshaftung (§ 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG) in Betracht kommt. Auch in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist anerkannt, daß **im Falle der Vollziehung eines unrichtigen Steuerbescheides der betroffene Steuerpflichtige Schadenersatz** unter den Voraussetzungen der Amtshaftung, d.h. **bei schuldhafter Verletzung ihm gegenüber bestehender Amtspflichten, geltend machen kann** (so bereits *Senatsurteil BGHZ 39, 77*).

Weitere Feststellungen zu den Tatbestandsvoraussetzungen des Amtshaftungsanspruchs hat das Berufungsgericht nicht getroffen. Es hat nämlich angenommen, sämtliche bis zum 11.2.1990 möglicherweise entstandenen Amtshaftungsansprüche der Kläger seien wegen Ablaufs der dreijährigen Verjährungsfrist nach § 852 Abs. 1 BGB verjährt.

Darin kann dem Berufungsgericht nicht gefolgt werden.

2. Das Berufungsgericht hat den Zeitpunkt, in welchem der Verletzte von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt hat (§ 852 Abs. 1 HS 1 BGB), auf den 1.12.1989, den Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung vor dem Finanzgericht, spätestens jedoch auf den 6.1.1990, denjenigen der Zustellung des finanzgerichtlichen Urteils, angesetzt und angenommen, die Verjährung sei durch die vorliegende, am 11.2.1993 zugestellte Amtshaftungsklage nicht mehr unterbrochen worden, da eine Rückwirkung auf den Zeitpunkt der Einreichung der Klage (22.12.1992) nicht habe stattfinden können, weil die Zustellung nicht „demnächst“ erfolgt sei (§ 270 Abs. 3 ZPO).

3. Dabei ist unberücksichtigt geblieben, daß die Verjährung hier durch den finanzgerichtlichen Prozeß unterbrochen worden ist.

a) Insoweit gelten die **Grundsätze**, die der Senat **zur verjährungsunterbrechenden Wirkung der Inanspruchnahme von Primärrechtsschutz** entwickelt hat (vgl. *Senatsurteile BGHZ 95, 238; 97, 97; 103, 242*). Entsprechend dem heute allgemein anerkannten grundsätzlichen Vorrang des Primärrechtsschutzes vor dem Sekundärrechtsschutz ist es sachgerecht oder doch zumindest naheliegend, wenn der Betroffene, ehe er Schadenersatz wegen Amtspflichtverletzung geltend macht, sich zunächst gegen das beanstandete Verwaltungshandeln selbst wendet und versucht, im Wege des primären Rechtsschutzes Abhilfe zu erreichen. Da die öffentliche Hand in diesen Fällen ohnehin damit rechnen muß, daß der Geschädigte nach erfolglosem – und erst recht nach erfolgreichem – verwaltungsgerichtlichen Vorgehen auch noch Amtshaftungsansprüche erhebt, erscheint es gerechtfertigt, der **Inanspruchnahme verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes verjährungsunterbrechende Wirkung auch für die Geltendmachung des zivilrechtlichen Amtshaftungsanspruchs zuzuerkennen** (*Senatsurteil BGHZ 122, 317, 323/324; Senatsurteil v. 29.6.1989 – III ZR 92/87 = BGHR BGB § 839 Abs. 3 Primärrechtsschutz 3*).

b) Unter diesem Blickwinkel stellte die finanzgerichtliche **Klage gegen die Gewinnfeststellungsbescheide** für die Jahre 1981 bis 1983, die die Grundlage für die Grundlage für die Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gebildet hatten, die zu den von den Klägern behaupteten Schäden geführt haben sollen, **ein geeignetes Mittel des Primärrechtsschutzes** dar. Dies gilt auch dann, wenn den Klägern neben der rechtlichen Möglichkeit, die Gewinnfeststellungsbescheide anzugreifen, auch Rechtsbehelfe gegen die aufgrund der Gewinnfeststellungsbescheide ergangenen Einkommensteuerbescheide zugestanden haben, aus denen die Vollstreckung betrieben wurde. Sollten die Kläger es schuldhaft unterlassen haben, diese Einkommensteuerbescheide anzufechten, könnte dies für sie zu Rechtsnachteilen nach § 839 Abs. 3 BGB führen. Dies ist indes eine Frage, die von der hier in Rede stehenden Verjährungsunterbrechung rechtlich und methodisch zu unterscheiden ist. Für die Unterbrechung der

Verjährung reicht es aus, daß der ergriffene Rechtsbehelf – hier die gegen die Gewinnfeststellungsbescheide erhobene finanzgerichtliche Klage – unter den Gesichtspunkten der Prozeßökonomie und der Zweckmäßigkeit ein naheliegendes Mittel war, zunächst die Rechtmäßigkeit der streitigen Steueransprüche selbst klären zu lassen. In diesem Sinne hat der Senat bereits entschieden, daß verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz gegen einen Verwaltungsakt die Verjährung des Amtshaftungsanspruches auch dann unterbricht, wenn die Amtspflichtverletzung nicht in dem **Erlaß**, sondern in dem **Vollzug** dieses Verwaltungsaktes erblickt wird (*Senatsurteil BGHZ 97, 97, 110*).

c) Allerdings besteht im vorliegenden Fall die Besonderheit, daß die vom Kläger zu 1 erhobene, auf Aufhebung des Gewinnfeststellungsbescheides gerichtete Klage mit diesem ihrem Hauptantrag wegen Fristversäumnis unzulässig gewesen war. Diese unzulässige Klage wäre für sich allein genommen bei rechtskräftiger Abweisung nicht geeignet gewesen, die Verjährung des Amtshaftungsanspruches zu unterbrechen (*arg. § 212 Abs. 1 2. Alternative BGB*). Dieses Zulässigkeitsbedenken bestand indes bei dem hilfsweise erhobenen Feststellungsantrag nicht, da dieser nicht an eine Frist gebunden war. Das keineswegs von vorneherein aussichtslose (sondern im Gegenteil im Ergebnis erfolgreiche) Begehren, die **Nichtigkeit des streitgegenständlichen Verwaltungsaktes festzustellen, muß als taugliches Mittel des Primärrechtsschutzes auch in Bezug auf die Unterbrechung der Verjährung des Amtshaftungsanspruches angesehen werden**. Anderenfalls müßte der Geschädigte trotz besonders schwerwiegender Mängel des Verwaltungsaktes Amtshaftungsklage erheben, ohne vorher die Nichtigkeit des Verwaltungsaktes in dem dafür vorgesehen verwaltungsgerichtlichen Verfahren feststellen lassen zu können.

d) Die **Unterbrechungswirkung** des ersten finanzgerichtlichen Prozesses **dauerte mithin bis zu dessen rechtskräftigem Abschluß** (§ 211 Abs. 1 BGB). Sie endete dementsprechend erst einen Monat nach Zustellung des finanzgerichtlichen Urteils mit Ablauf der Frist

für die Revision oder die Nichtzulassungsbeschwerde. Dies war hier der 6.2.1990. Die Verjährung lief daher – vorbehaltlich einer erneuten Unterbrechung durch den nachfolgenden zweiten finanzgerichtlichen Prozeß – frühestens am 6.2.1993 ab, so daß die **Zustellung der Klageschrift** am 11.2.1993 in jedem Falle noch „**demnächst**“ erfolgt ist. Denn die Zeitdauer der Verzögerung wird vom Tage des Ablaufs der Verjährungsfrist und nicht etwa seit dem – früheren – Zeitpunkt der Einreichung der Klageschrift gemessen (*ständige Rechtsprechung*, vgl. z. B. BGH, *Urt.v.* 8.6.1988 – IVb ZR 92/87 = BGHR ZPO § 270 Abs. 3 *demächst* 3 m.w.N.; BGH *Urt.v.* 27.5.1993 – I ZR 100/91 = NJW 1993, 2320; zuletzt BGH, *Urt.v.* 18.5.1995 – VII ZR 191/94 –, zur Veröffentlichung vorgesehen). Dabei ist auch zu beachten, daß zum Zeitpunkt des **Ablaufs der Verjährungsfrist** der in den Verantwortungsbereich der Kläger fallende **Hinderungsgrund für die Zustellung, nämlich die Nichtzahlung des Kostenvorschusses, bereits behoben war.**

## II.

Das Berufungsurteil kann daher mit der ihm gegebenen Begründung nicht bestehen bleiben. Eine eigene abschließende Entscheidung ist dem Senat beim derzeitigen Sach- und Streitstand nicht möglich. Vielmehr bedarf es nunmehr einer Sachprüfung der einzelnen Tatbestandsvoraussetzungen des Amtshaftungsanspruchs.

1. Dabei steht aufgrund der Rechtskraft des zwischen den Parteien ergangenen finanzgerichtlichen Urteils auch im Rahmen des vorliegenden Amtshaftungsanspruches fest, daß der Bescheid vom 10.12.1985 nichtig gewesen ist. Die **Nichtigkeit** beruhte nach Auffassung des Finanzgerichts auf Verfahrensfehlern, nämlich darauf, daß **mangels Zustellungsnachweises** nicht feststellbar war, daß der Bescheid wirksam bekanntgegeben worden war, sowie darauf, daß in ihm auf eine **Anlage verwiesen wurde, die ihm jedoch nicht beigelegt war.**

2. Damit ist keine abschließende Feststellung zu der wesentlichen materiell-rechtlichen Frage getroffen, ob die Jahresgewinne für die Jahre

1981 bis 1983 nach den dem Finanzamt seinerzeit zur Verfügung stehenden Erkenntnisquellen zutreffend berechnet worden waren oder nicht. Insbesondere gilt dies für die in die Gewinnermittlung eingestellten Herstellungskosten, die das Finanzamt zum weitaus größten Teil nach § 160 Abs. 1 Satz 1 AO unberücksichtigt gelassen hatte. Deshalb wird in diesem Zusammenhang der Einwand des beklagten Landes erheblich, daß die Herstellungskosten nicht höher und dementsprechend die Gewinne nicht niedriger hätten angesetzt werden können, weil die Kläger, insbesondere der Kläger zu 1, dem Verlangen der Finanzbehörde nicht nachgekommen sei, die Gläubiger der zur Herstellung der Häuser eingegangenen Verbindlichkeiten oder die Empfänger der insoweit erbrachten Leistungen genau zu benennen.

In der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs wird bei Amtshaftungsansprüchen, die sich – wie hier – auf verfahrensfehlerhaft zustandegekommene behördliche Entscheidungen gründen, der Einwand zugelassen, **bei ordnungsgemäßem Verfahren hätte eine gleichlautende behördliche Entscheidung ergehen müssen** (vgl. insbesondere BGHZ 96, 157, 171 f. mit zahlreichen weiteren Nachweisen). Bei diesem **Einwand „rechtmäßigen Alternativverhaltens“** geht es um die der Bejahung des Kausalzusammenhangs nachfolgende Frage, inwieweit einem Schadenverursacher die Folgen seines pflichtwidrigen Verhaltens bei wertender Betrachtung billigerweise zugerechnet werden können (BGH a.a.O. 172; siehe auch Ossenbühl, *Staatshaftungsrecht*, 4. Aufl. 1991, S. 58). Sollte also die Nichtberücksichtigung der Herstellungskosten die von der Abgabenordnung selbst vorgesehene Sanktion dafür gewesen sein, daß die steuerpflichtigen Kläger dem Finanzamt die notwendigen Schätzungsgrundlagen vorenthalten hatten, so wäre dies ein Umstand, der geeignet sein könnte, dem Amtshaftungsanspruch von vornherein die Grundlage zu entziehen.

3. Unabhängig von diesem Einwand rechtmäßigen Alternativverhaltens wäre ein etwaiger Verstoß der Kläger gegen ihre Mitwirkungspflichten (vgl. § 200 AO) auch unter dem

Gesichtspunkt eines mitwirkenden Verschuldens nach §254 BGB zu würdigen.

4. Bei der Prüfung der Tatbestandsvoraussetzungen des Amtshaftungsanspruchs wird erforderlichenfalls auch die oben (I 3b) aufgeworfene Frage zu klären sein, ob die Kläger zur Vermeidung der Rechtsfolgen aus §839 Abs. 3 BGB gehalten waren, die einzelnen zu vollstreckenden Einkommensteuerbescheide und/oder die jeweiligen Vollstreckungsmaßnahmen mit den dafür vorgesehenen Rechtsbehelfen anzugreifen. ....

### **Aufklärungs- und Hinweispflicht**

- Schriftform?
  - Dokumentationspflichten
- (OLG Düsseldorf, Urt.v. 13. 10. 1994 - 13 U 200/93)

#### **Leitsatz:**

**Erteilt der Steuerberater im Rahmen einer Besprechung, deren Gegenstand die Veräußerung eines Unternehmens ist, dem Mandanten eine Auskunft zu einer bestimmten Frage (hier: Versteuerung des Erlöses aus der Veräußerung eines Warenbestands), so ist er ohne zusätzlichen Auftrag nicht verpflichtet, die mündlich erteilte Auskunft schriftlich zu wiederholen. Etwas anderes kann gelten, wenn sich dem Steuerberater der Eindruck aufdrängen muß, daß der Mandant die Tragweite der mündlich erteilten Auskunft nicht erkannt hat.**

#### **Leitsätze (d. Red.):**

- 1. Die Kenntnis von der Möglichkeit der Steuerersparnis durch Investitionen ist bei einer Kauffrau vorzusetzen.**
- 2. Die Abwicklung von Wareneinkäufen führt bei bilanzierenden Unternehmen zwar zu einer Verringerung des Barver-**

**mögens; dieses wird jedoch durch die Vermehrung des Warenbestandes ausgeglichen. Eine Änderung der Aktiva ergibt sich nicht.**

**3. Sowohl der Verkauf des Warenlagers als auch die Übertragung eines Teils der Warenbestände auf eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts ist gem. §16 EStG als Gewinn aus der Veräußerung eines Gewerbebetriebes zu behandeln.**

#### **Aus den Gründen:**

I.

Der Beklagte hat die Klägerin in steuerlicher Hinsicht beraten. Die Klägerin war alleiniger Inhaber des von ihr unter der Firma ... betriebenen Unternehmens. Am 16.11.1986 schloß sie mit dem Kaufmann ... einen Vertrag über die Gründung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Zweck der Gesellschaft (§2) sollte der An- und Verkauf von Reitsportartikeln, Souvenirs und Lederwaren unter der Firma (§1) ..., Inhaber: ... sein. An der Gesellschaft waren Herr ... zu 90 % und die Klägerin zu 10 % beteiligt. Herr ... brachte seine Beteiligung an der Gesellschaft in der in §3 Abs. 2 des Vertrages beschriebenen Weise ein. Ebenfalls am 16.11.1986 veräußerte die Klägerin den ihr gehörenden Warenbestand des Unternehmens „...“ zum Preis von 205.073,87 DM an Herrn .... Der Kaufpreis war gemäß einer weiteren Vereinbarung vom 16.11.1986 in einem Teilbetrag von 100.000 DM am 31.1.1987 und in weiteren sieben Jahresraten zu entrichten. Die Übergabe des Warenbestands an Herrn ... erfolgte wie vorgesehen im Jahre 1987. Die Veräußerung des Warenlagers hatte zur Folge, daß der gesamte Kaufpreis bereits für das Jahr 1987 steuerlich als Einkünfte behandelt wurde und zu einer entsprechenden steuerlichen Mehrbelastung der Klägerin führte.

Mit der Behauptung, der Beklagte habe durch falsche steuerliche Beratung die an sich vermeidbare steuerliche Mehrbelastung verursacht, hat die Klägerin den Beklagten erstinstanzlich auf Zahlung von 95.725,98 DM nebst 10 % Zinsen in Anspruch genommen.



Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Gestützt auf das Ergebnis der Beweisaufnahme hat es einen dem Beklagten anzulastenden Beratungsfehler verneint: Im Anschluß an die Vernehmung des Zeugen... sei davon auszugehen, daß der Beklagte in einer Besprechung mit den Parteien am 20.10.1986 die Klägerin auf ausdrückliche Frage darüber belehrt habe, daß der gesamte Erlös aus der Veräußerung des Warenbestands im Jahre der Veräußerung (= Übergabe) zu versteuern sei, und zwar ohne Rücksicht auf die geplante Hinausschiebung der Fälligkeit eines Teils der Kaufpreisforderung.

Mit der dagegen gerichteten Berufung ermäßigt die Klägerin ihre Schadenersatzforderung auf 45.960 DM nebst Zinsen. Diese Summe setzt sich aus drei Teilbeträgen zusammen:

1. Ein Schaden in Höhe von 17.836 DM sei ihr dadurch entstanden, daß der Beklagte es angesichts des Anstiegs der Einkünfte im Jahre 1987 unterlassen habe, sie auf die Möglichkeit umfangreicher Investitionen hinzuweisen. Aufgrund des langjährigen umfassenden Steuerberatungsvertrages sei der Beklagte verpflichtet gewesen, sie frühzeitig auf die für ihn erkennbare hohe Steuerlast hinzuweisen. Auf diese Weise hätte sie durch bislang aufgeschobene, notwendige Investitionen ihre Steuerlast senken können. Im Jahre 1988 habe sie 81.866,67 DM für den Um- und Ausbau ihres Hauses... aufgewendet. Hierdurch habe sie einen Steuervorteil von 31.872 DM erlangt. Hätte sie dagegen die Baumaßnahmen bereits im Jahre 1987 ausführen lassen, dann hätte sich ein Steuervorteil von 49.708 DM ergeben. In Höhe des Unterschiedsbetrages von 17.836 DM sei ihr durch die Untätigkeit des Beklagten ein Schaden entstanden.

2. Das von ihr unter der Firma ... betriebene Handelsunternehmen habe in den Jahren 1986 und 1988 Verluste in Höhe von 24.000 DM (1986) und über 50.000 DM (1988) erbracht. Lediglich im Jahr 1987 sei ein Gewinn erwirtschaftet worden. Dieser Gewinn sei dadurch zustande gekommen, daß am 31.12.1987 auf dem Geschäftskonto rund 53.000 DM bereit gelegen hätten; mit diesem Betrag habe sie eine für Anfang 1988 erwartete Warensendung bezahlen wollen. Sie, die Klägerin, hätte die Waren-

lieferung in das Jahr 1987 vorziehen können, wenn ihr bewußt gewesen wäre, daß das am Jahresende auf dem Geschäftskonto vorhandene Guthaben zu einer steuerlichen Belastung führen würde. Durch die zeitliche Vorverlagerung des Wareneinkaufs hätte sie im Jahre 1987 eine Steuerersparnis von 14.484 DM erzielen können. Hierzu sei es durch die mangelnde Beratung des Beklagten nicht gekommen.

3. Dem Beklagten sei noch ein weiterer Beratungsfehler unterlaufen. Im Zusammenhang mit dem Gespräch über die Geschäftsveräußerung und die Gründung einer Gesellschaft hätte der Beklagte sie darüber belehren müssen, daß die von ihr, der Klägerin, zu erbringende Einlage in die neu gegründete Gesellschaft auch durch Einbringen von 10% des ihr bis dahin allein gehörenden Warenbestands möglich gewesen wäre. In diesem Fall hätte sie nur 90% des Warenbestands an Herrn ... veräußert. Der entsprechend geringere Veräußerungserlös hätte eine Minderung der Steuerlast zur Folge gehabt. Auf diese Weise seien ihr steuerliche Nachteile in Höhe von 13.640 DM entstanden.

## II.

Das Vorbringen der Klägerin rechtfertigt in Verbindung mit dem Ergebnis der in erster Instanz durchgeführten Beweisaufnahme keine Haftung des Beklagten. Der Beklagte hat die ihm als Steuerberater obliegende Aufklärungs- und Hinweispflichten nicht verletzt.

Allerdings ist der Klägerin in rechtlicher Hinsicht darin zuzustimmen, daß der Beklagte im Rahmen der übernommenen Steuerberaterverpflichtung der Klägerin gegenüber gehalten war, deren steuerliche Belange bestmöglich zu wahren. Dazu gehörte es auch, die von der Klägerin im Verlauf der Besprechung am 20.10.1986 **an ihn herangetragene Frage nach den steuerlichen Folgen** der beabsichtigten Veräußerung des Warenbestands an den Zeugen... **zutreffend und verständlich zu beantworten**. Diese Verpflichtung hat der Beklagte erfüllt. Die Klägerin tritt dem vom Landgericht festgestellten Verlauf der Unterredung vom 20.10.1986, wie die Ausführungen auf S. 2 der Berufungsbegründung vom 2.12.1993 erkennen



lassen, nicht mehr entgegen. Demnach ist im Anschluß an die Aussage des Zeugen ... davon auszugehen, daß der Beklagte in der Besprechung am 20.10.1986 auf entsprechende Frage erklärt hat, daß es für die steuerliche Berücksichtigung des Erlöses aus der Veräußerung des Warenbestands auch im Falle einer über mehrere Jahre verteilte Ratenzahlungsvereinbarung nicht auf den Zeitpunkt der tatsächlich erfolgten Zahlung, sondern vielmehr auf den Zeitpunkt des Vertragsschlusses und des Übergangs des Unternehmens ankomme. **Auf diese Weise hat der Beklagte die Klägerin darüber informiert, daß bei einer Übertragung des Warenbestands auf den Zeugen ... im Jahre 1987 der daraus erwachsene Zahlungsanspruch in voller Höhe den Einkünften des Jahres 1987 zuzurechnen sei.** Mit dieser Auskunft hatte der Beklagte seine Beratungspflicht gegenüber der Klägerin erfüllt. Ohne Erfolg erhebt die Klägerin in diesem Zusammenhang den Vorwurf, der Beklagte habe es unterlassen, sie auf das Ausmaß der steuerlichen Mehrbelastung hinzuweisen. In welcher Höhe Steuern bei einem Erlös von mehr als 205.000 DM zu erwarten sind, ist den **jedermann zugänglichen Steuertabellen** zu entnehmen. Hätte die Klägerin über die aus der Steuertabelle ablesbaren Zahlen hinaus eine Aussage über den konkreten Umfang der steuerlichen Mehrbelastung gewünscht, dann hätte sie wie in anderen Fällen mit diesem Anliegen an den Beklagten herantreten müssen. Beispielsweise hat der Beklagte mit Schreiben vom 10.3.1987 erläutert, welche steuerlichen Folgen sich für die Klägerin im Falle der Übertragung von Grundstücksanteilen auf Abkömmlinge ergeben. In einem weiteren Schreiben vom 15.4.1987 hat der Beklagte der Klägerin dargelegt, wie sich eine Schenkung oder die Bestellung eines Nießbrauchs steuerlich auswirken. **Die Klägerin hätte daher den Beklagten gezielt auf die steuerliche Auswirkung der Veräußerung des Warenbestands ansprechen müssen, wenn ihr die am 20.10.1986 erteilte Auskunft nicht ausreichend erschien** oder wenn sich im Anschluß daran weitere Fragen ergaben.

**Der Beklagte hatte ungefragt keinen Anlaß, die Klägerin darauf hinzuweisen, daß durch**

**Investitionen im Jahre 1987 die Steuerlast hätte gemindert werden können. Die Kenntnis von der Möglichkeit der Steuerersparnis durch Investitionen ist bei der Klägerin als Kauffrau vorauszusetzen.** Die Notwendigkeit eines Hinweises auf die Möglichkeit der Steuerersparnis durch Investitionen drängte sich um so weniger auf, als der Klägerin aus der Übertragung des Warenbestands auf den Zeugen ... im Jahre 1987 lediglich eine Kaufpreisrate in Höhe von 100.000 DM zugeflossen ist. Dieser Betrag wurde zur Abdeckung der steuerlichen Mehrbelastung aus der Veräußerung des Warenbestands benötigt.

Der Beklagte hatte **auch keinen Anlaß, der Klägerin zu empfehlen, Wareneinkäufe für die Firma ... bereits im Jahre 1987 zu tätigen, um das am 31.12.1987 anderernfalls vorhandene Bankguthaben und somit auch den Gewinn zu verringern.** Die Ausführungen der Klägerin berücksichtigen nicht, daß es bei der Gewinnermittlung nach § 4 EStG nicht allein auf die Höhe eines Bankguthabens am Ende des Wirtschaftsjahres ankommt. Gewinn ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem Betriebsvermögen am Schluß des Wirtschaftsjahres und dem Betriebsvermögen am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahres, vermehrt um den Wert der Entnahmen und vermindert um den Wert der Einlagen (§ 4 Abs. 1 Satz 1 EStG). In die Vermögensübersicht sind auf der Aktivseite etwaige Bankguthaben ebenso aufzunehmen wie der vorhandene Warenbestand oder Forderungen gegen Lieferanten. **Die Abwicklung des Wareneinkaufs noch im Jahre 1987 hätte zwar zu einer Verringerung des Barvermögens des Unternehmens geführt, die jedoch durch die Vermehrung des Warenbestands ausgeglichen worden wäre.** Eine Änderung der Summe der Aktiva hätte sich bei der Gewinnermittlung nicht ergeben.

**Die Klägerin hätte schließlich auch durch die Wahl einer anderen Form der Beteiligung an der mit dem Zeugen ... gegründeten Gesellschaft keine Steuern ersparen können.** Die Klägerin berücksichtigt in diesem Zusammenhang nicht, daß sowohl der Verkauf des Warenlagers als auch die Übertragung eines Teils

der Warenbestände auf die Gesellschaft bürgerlichen Rechts gemäß §16 EStG als Gewinn aus der Veräußerung eines Gewerbebetriebs zu behandeln ist. Nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs handelt es sich bei der Einbringung von Wirtschaftsgütern aus dem Betriebsvermögen eines Gesellschafters einer Personengesellschaft in das Gesellschaftsvermögen dieser Gesellschaft grundsätzlich um eine Veräußerung im Sinne von §16 EStG (BFH, Urt. v. 29.10.1987, Bundessteuerblatt 1988, Teil II, S. 374, 376). Die gegenteilige Auffassung der Klägerin würde der von der Finanzverwaltung angewendeten wirtschaftlichen Betrachtungsweise widersprechen. Denn es bedeutet keinen Unterschied, ob der Warenbestand veräußert und der Erlös in die Gesellschaft eingebracht wird oder ob von vornherein der Warenbestand auf die Gesellschaft übertragen wird.

## Steuerberaterhaftung

- Betriebsumwandlung
- Schaden?

(OLG Frankfurt, Urt. v. 7.2.1995 – 8 U 65/94)

### Leitsatz (d. Red.):

**Behauptet der Mandant, ihm sei im Rahmen einer Betriebsumwandlung ein Schaden in Höhe der Einkommensteuer auf den Entnahmegewinn eines Betriebsgrundstückes entstanden, so hat er in der Klage die steuerlichen Vor- und Nachteile der Umwandlung abzuwägen. Denn die Betriebsumwandlung ist ein komplexer Vorgang, der nicht nur Vorteile mit sich bringt. (Hier: Umwandlung einer Einzelfirma in eine GmbH & Co. KG und Übertragung des hälftigen Miteigentums des Ehemannes an dem Betriebsgrundstück auf die Ehefrau im Wege der Schenkung.)**

### Tatbestand:

Der Kläger nimmt die Beklagten wegen eines ihm entstandenen Steuernachteils wegen (behaupteter) fehlerhafter steuerrechtlicher Beratung in Anspruch.

Der Kläger betrieb seit 1978 in Form eines Einzelhandelsunternehmens eine Schlosserei auf dem Grundstück K. 5 in L., dessen Eigentümer der Kläger und seine Ehefrau in Bruchteilsgemeinschaft zu je 1/2 waren. Auf dem Grundstück war ein Betriebsgebäude errichtet. Grund und Boden sowie Gebäude wurde in der Firmenbilanz aktiviert, und zwar zur Hälfte (Hälfte des Klägers) als Betriebsvermögen und hinsichtlich der anderen Hälfte (Hälfte der Ehefrau) als ein zum Betriebsvermögen gehörendes Nutzungsrecht.

Da der Kläger eine Erweiterung des von ihm betriebenen Unternehmens beabsichtigte, veräußerten und seine Ehefrau durch notariellen Vertrag vom 24.4.1986 zum 1.8.1986 das Grundstück gegen Zahlung eines Kaufpreises in Höhe von 557.000,00 DM. Gleichzeitig erwarben sie – wiederum zu ideellem Miteigentum – das Grundstück A. in L. – dorthin sollte der Firmensitz verlegt werden – zu einem Kaufpreis in Höhe von 922.311,00 DM.

Der Kläger wurde von Beginn seiner Einzelhandelsunternehmenstätigkeit an durch den Beklagten zu 2) steuerberatend betreut.

Da der Kläger beabsichtigte, seine betriebliche Tätigkeit zukünftig in einer anderen Unternehmensform fortzusetzen, beauftragte er Ende August/Anfang September 1986 den Beklagten zu 1) – der als Fachanwalt für Steuerrecht tätig war – mit der Prüfung der gesellschaftsrechtlichen Aspekte der „Umwandlung“. Gemeinsame Besprechungen der Parteien fanden am 23.9., 24.10. und 31.10.1986 in dem Büro des Beklagten zu 1) statt.

Durch notariellen Vertrag vom 27.11.1986 übertrug der Kläger seinen Miteigentumsanteil an dem Grundstück A. – das gesamte Grundstück wurde von dem Kläger gewerblich genutzt – im Wege der Schenkung auf seine Ehefrau. Die Ehefrau des Klägers, die seit August 1986 ihren Grundstücksanteil an den Kläger vermietet

hatte, vermietete nunmehr das gesamte Grundstück an ihn.

Zum 1.1.1987 wurde das Vermögen der Einzelhandelsfirma zu Buchwerten auf die neu gegründete Z. GmbH & Co. KG übertragen.

Im Jahre 1989 wurde durch das Finanzamt G. eine Betriebsprüfung durchgeführt und eine Steuer- und Prüferbilanz zum 31.12.1986 erstellt. Am 24.2.1989 fand eine Schlußbesprechung statt, an der auch die Beklagten teilnahmen. Nach der Betriebsprüfung wurde der Steuerbescheid für 1986 – auf der Grundlage der berichtigten Steuer- und Prüferbilanz durch Bescheid vom 23.5.1986 geändert und eine Einkommenssteuernachzahlung in Höhe von 96.498,00 DM sowie eine Kirchensteuernachzahlung in Höhe von 8.684,82 DM zu Lasten des Klägers und seiner Ehefrau festgesetzt. Die Berichtigung der Steuerbilanz für 1986 war einerseits im Hinblick auf die Veräußerung des Grundstücks K. – insoweit wurde durch das Finanzamt G. als Gewinnentnahme ein Betrag in Höhe von 24.122,00 DM angesetzt – sowie andererseits wegen des Schenkungsvertrages erforderlich geworden. Wegen der Einzelheiten wird auf den Inhalt des Prüfungsberichts vom 18.4.1989 verwiesen. Bezüglich des Schenkungsvertrages stellte das Finanzamt fest:

„Zum Schenkungszeitpunkt erfolgte die Entnahme des Grundstücksanteils aus dem Betriebsvermögen. Entnahmen sind mit dem Teilwert anzusetzen. Der Unterschied zwischen dem Entnahmewert und dem Buchwert des Wirtschaftsgutes ist der steuerpflichtige Gewinn. Aufgrund des kurzen zeitlichen Abstandes zwischen Anschaffung und Entnahme können als Entnahmewert die Anschaffungskosten angenommen werden.“ Der Entnahmewert wurde insoweit auf 136.800,00 DM angesetzt. Durch die Schenkung hatte der Kläger die Rückstellung nach § 6 b Abs. 1 EStG in Höhe des hälftigen Veräußerungserlöses aus dem Verkauf des Grundstücks K. als stille Reserve realisiert.

Der Kläger hat behauptet, die Beklagten hätten ihm die unentgeltliche Veräußerung des Grundstücksanteils an seine Ehefrau am 27.11.1986 in Verkennung der steuerlichen Nachteile geraten,

da er auf diese Weise den für die Nutzung des Grundstücks zu leistenden Mietzins in vollem Umfange absetzen könne. Der Beklagte zu 1) habe ihn – den Kläger – nicht nur bezüglich der Änderung der Gesellschaftsform beraten, sondern sei auch beratend bei der Grundstücksübertragung tätig gewesen.

Der Kläger hat die Auffassung vertreten, eine „steuerlich neutrale“ Schenkung sei möglich gewesen; bei korrekter steuerfachmännischer Beratung hätte es zu diesem Veräußerungsvorgang nicht kommen dürfen (Beweis: Sachverständigengutachten). Der Kläger hat behauptet, durch die Ansetzung des Entnahmewerts in Höhe von 136.800,00 DM sei ihm ein Schaden in Höhe von 88.745,32 DM (70.902,32 DM zusätzliche Einkommens- und Kirchensteuer, 17.843,00 DM Gewerbesteuer) entstanden. Wegen der Einzelheiten wird auf die Aufstellung in dem Schriftsatz vom 1.11.1993 sowie den Inhalt der Sitzungsniederschrift vom 22.11.1993 Bezug genommen.

Der Kläger hat beantragt, ...

Die Beklagten haben beantragt, ...

Der Beklagte zu 1) hat behauptet, sein Mandant habe sich ausschließlich auf die Änderung der Unternehmensform bezogen. Bezüglich der steuerrechtlichen Fragen habe er den Kläger stets an seinen Steuerberater verwiesen.

Beide Beklagten haben bestritten, daß dem Kläger im Ergebnis steuerlich Mehrbelastungen entstanden sind. Sie haben die Auffassung vertreten, der Kläger müsse sich steuerliche Vorteile anrechnen lassen. Sie haben behauptet, die von der GmbH & Co. KG zu zahlende Gewerbesteuer habe sich durch die Grundstücksübertragung verringert, da nunmehr die Mieten für das gesamte Grundstück als Kosten ansetzbar seien (Ersparnis für 1987 = 17.655,00 DM). Geringere Gewerbesteuer sei auch deshalb zu zahlen, weil der Grundstücksanteil – wäre er weiterhin im Eigentum des Klägers verblieben – das Betriebskapital erheblich erhöht hätte. Auch habe sich die Bemessungsgrundlage für die jährliche Abschreibung durch die Ehefrau des Klägers erhöht (jährlich = 6.350,00 DM). Ferner hätte die GmbH & Co. KG als Eigen-

tümerin des Grundstücks – im Gegensatz zur Ehefrau des Klägers – Vermögenssteuer, zumindest aber einen höheren Satz zahlen müssen. Schließlich sei zu berücksichtigen, daß das Grundstück bei einer späteren Betriebsaufgabe oder -auflösung aus dem Betriebsvermögen hätte entnommen werden müssen, so daß dann die Steuerbelastung eingetreten wäre. Wegen der Einzelheiten wird insbesondere auf die Schriftsätze vom 25.3.1993 und 13.12.1993 Bezug genommen.

Im übrigen haben die Beklagten die Einrede der Verjährung erhoben.

Das Landgericht hat die Klage durch das dem Kläger am 17.2.1994 zugestellte Urteil vom 14.2.1994 in vollem Umfang abgewiesen; bezüglich des Beklagten zu 1), weil der Kläger seinen Vermögensschaden nicht dargetan habe, er habe nicht die steuerlichen Vorteile, die ihm aus der Veräußerung des Grundstücks A. erwachsen seien oder Nachteile, die ohnehin eingetreten wären, berücksichtigt, bezüglich des Beklagten zu 2), weil die Forderung gemäß § 68 Steuerberatungsgesetz verjährt sei.

Der Kläger rügt mit seiner Berufung, das Landgericht habe zu Unrecht angenommen, daß die Forderung gegen den Beklagten zu 2) verjährt sei. Er behauptet im übrigen, durch die Veräußerung des Grundstücks A. 10c seien ihm keine steuerlichen Vorteile erwachsen (Beweis: Steuerberater D. K. als Zeuge, Sachverständigen-gutachten, Auskunft des Finanzamtes).

Seine Steuermehrbelastungen beziffert der Kläger nunmehr wie folgt:

Einkommenssteuer in Höhe von 80.751,00 DM, Kirchensteuer in Höhe von 7.268,00 DM sowie Gewerbesteuer in Höhe von 24.200,00 DM. Er ist der Ansicht, da er lediglich einen Teilbetrag in Höhe von 80.000,00 DM geltend mache, habe er „mögliche Vorteile“ genügend berücksichtigt.

Der Kläger beantragt,

die Beklagten als Gesamtschuldner unter Abänderung des erstinstanzlichen Urteils zu verurteilen, an den Kläger 80.000,00 DM nebst 10,75 % Zinsen seit dem 22.1.1992 zu zahlen.

Die Beklagten beantragen,  
die Berufung zurückzuweisen.

Sie verteidigen das angefochtene Urteil. Sie sind der Ansicht, daß die als Schaden geltend gemachte Position „Gewerbsteuer“ in keinem Zusammenhang mit der Grundstücksveräußerung stehe.

Der Beklagte zu 2) behauptet, er habe den Kläger spätestens im Rahmen der Betriebsprüfung auf etwaige Schadenersatzansprüche gegen ihn – den Beklagten zu 2) – hingewiesen.

### **Aus den Gründen:**

Die Berufung ist zwar zulässig, jedoch unbegründet.

Entgegen der Auffassung des Landgerichts können sich jedoch weder der Beklagte zu 1), noch der Beklagte zu 2) mit Erfolg auf die **Einrede der Verjährung** berufen. Gemäß § 51 BRAGO verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus dem zwischen ihm und dem Rechtsanwalt bestehenden Vertragsverhältnis in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. **Nach ganz herrschender Rechtsprechung ist der Rechtsanwalt verpflichtet, den Mandanten auch über die gegen ihn, den Anwalt selbst gerichteten Ansprüche aufzuklären und gegebenenfalls auch deren Verjährung vorzubeugen** (BGH NJW 1975/1655 ff.). Der Beklagte zu 1) hat den Kläger unstreitig insoweit nicht aufgeklärt. Verletzt der Rechtsanwalt seine Pflicht zur Belehrung des Mandanten über einen von ihm, dem Rechtsanwalt, begangenen Fehler und über die Verjährung des daraus entspringenden (primären) Schadenersatzanspruchs, macht er sich erneut schadenersatzpflichtig; er hat daher nach § 249 BGB den Mandanten so zu stellen, wie dieser stehen würde, wenn er richtig belehrt worden wäre. Da in diesem Fall nach dem normalen Gang der Dinge die Verjährungsfrist nicht versäumt worden wäre, geht der (sekundäre) Schadenersatzanspruch des Mandanten dahin, daß der Rechtsanwalt gegenüber dem primären Schadenersatzanspruch die Einrede der Verjährung nicht erheben kann; soweit dies dennoch ge-

schieht, kann der sekundäre Schadenersatzanspruch der Einrede der Verjährung als Gegeneinwand entgegengestellt werden (BGHZ 83/17 ff. = GI 8/82). Gleiches gilt, soweit sich der Beklagte zu 2) auf die Verjährung beruft. Entgegen der Auffassung des Landgerichts ist spätestens seit der Entscheidung, des BGH vom 20.1.1982 (BGHZ 83/17 = GI 8/82) **herrschende Rechtsprechung, daß auch ein Steuerberater verpflichtet ist, seinen Mandanten auf die Möglichkeiten seiner eigenen Haftung hinzuweisen und über die hierzu geltenden Verjährungsvorschriften zu belehren**, da das Berufsbild des Rechtsanwaltes mit dem des Steuerberaters und Steuerbevollmächtigten weitgehend übereinstimmen. Soweit sich der Beklagte zu 2) darauf beruft, er habe den Kläger im Rahmen der Betriebsprüfung – sie fand Anfang des Jahres 1989 statt – auf etwaige Schadenersatzansprüche hingewiesen, ist dies unerheblich, da die dreijährige Verjährungsfrist durch die Zustellung des am 20.12.1991 eingereichten Mahnbescheids – die Zustellung erfolgte am 22.1.1992 – gemäß § 209 Abs. 2 BGB i.V.m. § 270 ZPO unterbrochen wurde. Im übrigen ist festzustellen, daß die Verjährungsfrist gegen den Beklagten zu 2) erst mit der Schlußbesprechung über das Ergebnis der Außenprüfung zu laufen begann (Gehre, *Kommentar zum Steuerberatergesetz*, 2. Aufl., S. 247). Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshof entsteht der Schadenersatzanspruch wegen Fehlers des Steuerberaters, die bei einer Außenbetriebsprüfung aufgedeckt werden, nämlich erst mit der im Rahmen der Prüfung abgehaltenen Schlußbesprechung; erst mit diesem Zeitpunkt begann daher auch die Verjährungsfrist zu laufen (BGHZ a.a.O., S. 20 m.w.N.).

Im Ergebnis kann aber dahingestellt bleiben, ob den Beklagten zu 1) und 2) eine Beratungspflichtverletzung zur Last gelegt werden kann, da der Kläger **einen ihm entstandenen Schaden nicht ausreichend dargelegt hat**. Dahingestellt bleiben kann aus diesem Grund auch, ob der Beklagte zu 1) – entsprechend seiner Behauptung – lediglich das Mandat hatte, den gesellschaftsrechtlichen Aspekt der Änderung der Unternehmensform zu prüfen (was zweifel-

haft sein dürfte). Offen bleiben kann ferner, ob entsprechend der Auffassung der Beklagten ein Schaden des Klägers schon deshalb verneint werden muß, weil davon auszugehen sei, daß bei einer späteren Betriebsaufgabe oder Veräußerung die Steuerzahlungsverpflichtung auch angefallen wäre. Nach Auffassung des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht – Urteil vom 20.7.1984 (14 U 106/83) – stellt eine mögliche höhere Steuerschuld, die bei einer späteren Aufdeckung der stillen Reserven sowieso entstanden wäre, keinen ersatzfähigen Schaden dar.

**Die Klage scheitert deshalb, weil der Kläger es verabsäumt hat, eine umfassende Darstellung über die steuerlichen Auswirkungen der Betriebsumwandlung zu geben.** Die Vor- und Nachteile hätten gegeneinander abgewogen werden müssen, worauf der Kläger von dem Senat in der mündlichen Verhandlung hingewiesen worden ist. **Die Betriebsumwandlung ist ein komplexer Vorgang, der nicht nur Vorteile mit sich bringen konnte.** Es geht nicht an, daß der Kläger nur einige nachteilige Steuerfolgen herausgreift und diese als Schaden darstellt. Aufgrund der gesamten Umstände ist vielmehr davon auszugehen, daß die steuerliche Mehrbelastung durch steuerliche oder andere wirtschaftliche Vorteile des Klägers oder seiner Gesellschaft ausgeglichen worden ist. So ist anzunehmen, daß sich die von der Z. GmbH & Co. KG jährlich zu zahlende Gewerbesteuer durch die Veräußerung des Grundstücksanteils des Klägers an seine Ehefrau verringert hat. Die Z. GmbH & Co. KG, deren Ergebnisse bei der Beantwortung die Frage nach einem Schaden dem Kläger direkt zuzurechnen sind, wird gewerbesteuerlich möglicherweise entlastet, weil sie in Form der Mietzahlungen an die Ehefrau des Klägers Aufwand hat, der ihr Ergebnis mindert. Ansonsten an den Kläger selbst erfolgte Zahlungen wären steuerlich Vorabgewinn nach § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG gewesen, der das Ergebnis der Z. GmbH & Co. KG gerade steuerlich nicht gemindert hätte. Diese Zahlungen hätten dann mithin bei der Gewerbesteuer zu Buch geschlagen.

Der Beklagte zu 2) hat an ersparter Gewerbesteuer allein für das Jahr 1987 einen Betrag in

Höhe von 17.655,00 DM errechnet. Hinzu kommt noch, daß der Grundstücksanteil, solange er im Eigentum des Klägers stand, einen Teil des Betriebskapitals darstellte und damit die Höhe der zu zahlenden Gewerbesteuer beeinflusst hat; auch insoweit wird nach der Veräußerung Gewerbesteuer eingespart. Im übrigen spricht nach den substantiierten Darlegungen der Beklagten einiges dafür, daß durch die Übertragung des Grundstücksanteils auf die Ehefrau des Klägers sich ihre Bemessungsgrundlage für die jährliche Abschreibung erhöht hat, ein weiterer Gesichtspunkt, der dagegen spricht, die Betriebsumwandlung als Schaden erscheinen zu lassen.

Der Beklagte zu 2) hat insoweit einen jährlichen Betrag in Höhe von 6.350,00 DM errechnet. Der Kläger hat sich zu diesen substantiierten Darlegungen der Beklagten nicht geäußert; er ist vielmehr dabei geblieben, pauschal zu bestreiten, daß ihm irgendwelche steuerlichen Vorteile durch die Grundstücksübertragung erwachsen sind; dies genügt nicht.

**Die Behauptung des Klägers, eine „steuerlich neutrale Schenkung“ sei möglich gewesen, ist ebenfalls unsubstantiiert.** Es ist nicht ersichtlich, durch welche anderweitige Gestaltungsmöglichkeit dem Kläger, der durch die unentgeltliche Übertragung seiner Miteigentums-hälfte die von ihm gewünschten (oben dargestellten) Steuervorteile, insbesondere die nicht unerhebliche Einsparung der zu zahlenden Gewerbesteuer, erzielt hat und weiterhin jährlich erzielt, die zwangsläufig eingetretenen Steuer-nachteile hätten erspart werden können. Soweit der Kläger nunmehr als Schaden auch einen Betrag in Höhe von 24.200,00 DM für zusätzliche Gewerbesteuer ansetzt, ist sein Vorbringen ebenfalls unsubstantiiert. Es ist nicht dargelegt, inwieweit die Veräußerung des Grundstücks meiner Erhöhung der zu zahlenden Gewerbesteuer, die soweit sie gewinnabhängig ist, sich nur auf den laufenden Gewinn, nicht aber auf einmalige Betriebsentnahmen bezieht, geführt haben könnte.

Wegen des unzureichenden Sachvortrags kommt die von dem Kläger begehrte Beweiserhebung nicht in Betracht, da es sich hierbei um einen unzulässigen Ausforschungsbeweis handelt.

## Haftung des Steuerberaters

- Auftragsumfang
- Beantragung der Investitionszulage  
(OLG Karlsruhe, Urt. v. 22. 12. 1994 – 18 a U 12/94
- nicht rechtskräftig)

### Leitsatz:

**Ohne ausdrücklichen zusätzlichen Auftrag ist ein Steuerberater, dem allein die Lohn- und Finanzbuchhaltung für einen Betrieb übertragen ist, nicht verpflichtet, auf die Möglichkeit der Beantragung einer Investitionszulage hinzuweisen.**

### Tatbestand:

Der Kläger machte Steuerberatungshonorar für das Jahr 1990 in Höhe von 7.902,25 DM geltend, dessen Höhe unstreitig ist.

Der Beklagte erklärte die Aufrechnung mit Schadenersatzansprüchen und erhob Widerklage, weil der Kläger die Rechtsvorgängerfirmen der Beklagten falsch beraten habe und deshalb Investitionszulagen in den Jahren 1985 bis 1987 für die damaligen Unternehmen des Geschäftsführers der Beklagten nicht angefordert worden seien. Sie berechnete ihren Gesamtschaden inklusive Steuerschaden auf 479.802,62 DM.

Das LG hat durch Teilgrundurteil die (auf Schadenersatz gerichteten) Widerklageanträge zu 1 und 2 dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt.

Die Berufung des Klägers und Widerbeklagten hatte Erfolg.

### Aus den Gründen:

Der Kläger hat eine Beratungspflicht aus dem mit den Rechtsvorgängerinnen der Beklagten bestehenden Steuerberatungsvertrag nicht verletzt. **Inhalt und Umfang der Pflichten des steuerlichen Beraters richten sich jeweils nach dem im Einzelfall zwischen ihm und**

**dem Mandanten geschlossenen Vertrag.** (BGH GI 90, 82 = VersR 90, 534 = NJW 90, 2057; 87, 565 = WM 87, 661 = GI 87, 119). Dabei ist in Literatur und Rechtsprechung unbestritten, daß der Steuerberater eine Pflicht zur erschöpfenden Beratung des Mandanten hat (vgl. Späth, *Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters Rdn. 131 m. N.*); diese Belehrungspflichten bestehen aber nur **innerhalb** eines Steuerberatervertrags. Keine Beratungspflicht besteht über wirtschaftliche Fragen und Risiken (Späth a.a.O.: Gräfe/Lenzen/Rainer, *Steuerberaterhaftung* 2. Aufl., Rdn. 260); dies gilt auch für die Belehrung in Fragen der Vermögensanlage und der Lebensvorsorge, sowie über theoretische Steuerersparnismöglichkeiten unabhängig von dem konkreten wirtschaftlichen oder steuerlichen Gestaltungswunsch des Mandanten (Gräfe/Lenzen/Rainer a.a.O.).

Gemessen an diesen Grundsätzen bestand für den Kläger keine Pflicht, auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Investitionszulagen hinzuweisen. Den Beweis dafür, daß der Kläger insofern einen ausdrücklichen Beratungsauftrag von dem Geschäftsführer der Beklagten erhalten hatte, hat diese nicht zu führen vermocht. **Der Kläger war allein mit der Lohn- und Finanzbuchhaltung und der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses beauftragt.** Dazu gehört dann auch der Hinweis auf die Möglichkeit von **Steuerersparnismöglichkeiten**, soweit der Steuerberater Hinweise auf Tatbestände im beratenen Unternehmen hat, die solche Möglichkeiten eröffnen. In diesen Fällen muß er, wenn er nicht bereits alle notwendigen Informationen hat, beim Mandanten nachfragen (vgl. BGH DB 67, 244; Späth a.a.O. Rdn. 131). Jedoch verpflichtet der Auftrag auf Erstellung der Buchführung, der Abschlüsse und der Steuererklärungsentwürfe den Steuerberater nicht dazu, die persönlichen und geschäftlichen Verhältnisse des Mandanten auf ihre Steuerschädlichkeit zu überprüfen und so gegebenenfalls Tatsachen zu finden, die Steuerersparnisse ermöglichen (Späth a.a.O. Rdn. 152 mit Hinweis auf OLG Köln BHStB R 566. 11).

Bei der **Gewährung von Zulagen** nach dem Investitionszulagengesetz (InvZuG) handelt es

sich nicht um eine Steuervergünstigung, sondern um eine **Subvention** (BVerwG NJW 85, 1972). Sie wird zwar vom Finanzamt aus den (allgemeinen) Einnahmen an Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer gewährt, ist aber – unbeschadet des Umstands, daß Anspruchsberechtigte nur Steuerpflichtige im Sinne des EStG und des KStG sein können – **kein Anspruch aus einem Steuerverhältnis** (BVerwG a.a.O.).

So ist es auch zwischen den Parteien unstreitig, daß – sofern der Kläger den Geschäftsführer der Beklagten auf die Möglichkeit der Beantragung einer Investitionszulage hingewiesen hätte – der Kläger **nicht im Rahmen des bestehenden Auftrags** die nachfolgende Tätigkeit der Ermittlung des Umfangs der subventionsfähigen Vorgänge hätte erledigen müssen, sondern daß insoweit es eines gesonderten Auftrags bedurft hätte. Deshalb geht auch der Hinweis der Beklagten auf die vorgelegte „Check-Liste“ für das Jahr 1989 fehl; ein Vorgehen nach dieser Liste, zu dem der Kläger nicht verpflichtet war, hätte allenfalls zu einem gesonderten Auftrag neben dem bestehenden Mandatsverhältnis der reinen Lohn- und Finanzbuchhaltung sowie der Erstellung der Jahresabschlüsse führen können.

Erst nach Erteilung eines solchen Auftrags aber hätte dem Kläger die Prüfung obliegen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Firmen des Geschäftsführers der Beklagten investitionszulagenberechtigt waren. Eine Hinweispflicht auf das InvZuG ergab sich für den Kläger auch nicht daraus, daß er im Jahr 1985 den Bestätigungsvermerk über FuE-Tätigkeit unterzeichnet hat; dieser Vermerk hatte lediglich zum Inhalt, daß die Angaben auf dem Sammelbeleg sowie die Angaben in einem Vordruck bezüglich der Beschäftigungs- und Umsatzzahlen wie auch der Besitz- und Beteiligungsverhältnisse an dem antragstellenden Unternehmen mit den zur Verfügung gestellten Unterlagen übereinstimmten. Damit hielt sich diese Erklärung noch innerhalb des bestehenden Mandats, jedoch ergab sich daraus keinerlei Pflicht des Klägers, die Voraussetzungen der FuE-Tätigkeit und die Folgen zu überprüfen oder zu bedenken.



Eine Pflicht zur Beratung oder auch zu einem Hinweis auf die Möglichkeit der Beantragung von Investitionszulagen ergab sich auch nicht daraus, daß das InvZulG zu den Steuergesetzen gezählt hätte, und die Beratung hinsichtlich der Beantragung einer Investitionszulage eine Hilfeleistung nach §1 Abs. 1 Nr. 5 StBerG darstellte. Entscheidend ist hier wiederum, daß diese Beratung – die dem Kläger zwar gestattet gewesen wäre, aber einen neuen Auftrag vorausgesetzt hätte – nicht zu dem konkret erteilten Mandat gehörte.

Die **Gewährung einer Investitionszulage hätte auch steuerlich keinerlei Auswirkungen** gehabt, weil nach §5 Abs. 2 InvZulG die Investitionszulagen nicht zu den Einkünften im Sinne des EStG gehörten und die steuerlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht minderten; solche Zulagen waren also – wie auch die Parteien im Senatstermin übereinstimmend angegeben haben – steuerneutral und wären in dem Jahresabschluß nur für die Handelsbilanz als (neutrale) sonstige Erträge auszuweisen gewesen. Allein die in dem InvZulG gewählten einzelnen steuerrechtlichen Anknüpfungspunkte der Gewährung durch das Finanzamt, die Eröffnung des Finanzrechtswegs u.ä. machten damit die Beantragung einer Investitionszulage als Subvention nicht zu einer steuerlichen Angelegenheit, die ohne gesonderten Auftrag von dem Mandat der Lohn- und Finanzbuchhaltung und der Erstellung des Jahresabschlusses mit erfaßt ist und auf die sich dann auch eine Hinweispflicht erstrecken würde (*a. A. wohl Gräfe/Lenzen/Rainer a.a.O. Rdn. 262 – aber ohne nähere Begründung, vgl. LG Arnsberg GI 1988, 155*).

## Mandatsübernahme

- Belehrungspflichten
- Imbißstand
- Außer-Haus-Verkäufe

(OLG Oldenburg, Urt. v. 22. 5. 1991 – 3 U 13/91)

### Leitsätze (d. Red.):

**1. Bei einer Mandatsübernahme kann der neue Steuerberater an die Arbeitsergebnisse des Vorberaters anknüpfen.**

**Von einer fehlerhaften steuerlichen Belehrung über die USt-Sätze im Imbißverkauf muß der neue Berater nicht ausgehen.**

**Eine Überprüfung der Arbeiten des Vorberaters muß gesondert in Auftrag gegeben werden.**

**2. Der neue Berater kann die bisher geübte Praxis, die Imbißumsätze aufzuzeichnen, ohne Prüfung übernehmen; das gilt insbesondere, wenn eine Außenprüfung die steuerliche Behandlung in Vorjahren nicht beanstandet hat.**

### Tatbestand:

Die Parteien streiten um Schadenersatz wegen angeblicher Verletzung von Beratungs- und Aufklärungspflichten durch den Beklagten, der als Steuerberater für die Klägerin tätig war.

Die Klägerin betreibt u.a. Imbißbetriebe, in denen Speisen und Getränke zum Verzehr außer Haus, aber auch zum Verzehr innerhalb der Imbißstuben angeboten werden. Die für den sofortigen Verzehr bestimmten Speisen werden mit dem vollen Mehrwertsteuersatz, Speisen, die „über die Straße verkauft werden“, mit dem halben Mehrwertsteuersatz besteuert. Auf Anraten ihres früheren Steuerberaters V., der die Klägerin bis zur Mandatsübernahme durch den Beklagten im Jahr 1986 steuerlich betreute, versteuerte sie bis einschließlich 1986 sämtliche Umsätze in den Imbißstuben mit dem niedrigeren Mehrwertsteuersatz. Die in den übrigen Betrieben, einem Café und einer Gast-

stätte, erzielten Umsätze wurden korrekt mit 14 % Mehrwertsteuer versteuert. Das wurde bei einer Betriebsprüfung durch das Finanzamt im Jahr 1985 nicht beanstandet. Auch der Beklagte riet der Klägerin zunächst nicht, die Umsätze in den Imbißstuben nach Art des Verkaufs getrennt zu buchen. Bei einer weiteren Betriebsprüfung durch das zuständige Finanzamt im Mai 1988, die sich auf die Jahre 1983–1986 erstreckte, wurde jedoch die Ermittlung der Umsatzsteuer beanstandet. In Übereinstimmung mit dem Geschäftsführer der Klägerin schätzte der zuständige Betriebsprüfer M. die Verkäufe der Speisen, die innerhalb der einzelnen Betriebe verzehrt wurden und damit einem Steuersatz von 14 % unterlagen. Dabei entfielen auf das Jahr 1983 10 % des Umsatzes; für 1984 wurde ein Anteil von 15 % und für die Jahre 1985 und 1986 wurden Anteile von je 25 % geschätzt. Daraufhin ergingen im Jahr 1985 Steuerbescheide, die die Klägerin zur Nachzahlung von Umsatzsteuern verpflichtete. Die weiter im Jahr 1989 erlassenen Steuerbescheide für die Jahre 1987 und 1988 gingen von einem Umsatzanteil von 20,25 % aus, der mit dem vollen Mehrwertsteuersatz belastet war. Diese Festsetzung beruhte auf Aufzeichnungen der Klägerin für die Monate August und September 1989, in denen der Verkauf außer Haus getrennt aufgezeichnet worden war.

Die Klägerin hat behauptet: Der Beklagte habe es unterlassen, sie auf die unterschiedliche Besteuerung der in den Imbißstuben verzehrten und der außer Haus verkauften Speisen hinzuweisen. Erstmals 1988 sei diese Frage angesprochen worden. Seinerzeit habe er aber empfohlen, an der bisher praktizierten Umsatzsteuerberechnung nichts zu ändern. Er habe auch der Schätzung des „Außer-Haus-Verkaufs“ nicht zustimmen dürfen. Ihm seien nämlich die tatsächlichen Umstände, wonach in drei Betrieben vollständig außer Haus verkauft worden sei, bekannt gewesen. Tatsächlich hätte man den Nachweis führen können, daß nur 10–20 % der insgesamt verkauften Speisen innerhalb der Imbißstuben verzehrt worden seien. Durch diese Falschberatung sei ihr ein Schaden in Höhe von 38.898,74 DM infolge zuviel abgeführter Umsatzsteuer entstanden.

Ursprünglich hatte die Klägerin Schadenersatz in Höhe von 55.778,60 DM im wesentlichen mit der Begründung geltend gemacht, bei entsprechender Beratung über die unterschiedliche Besteuerung der Speisen hätte sie ihre Preisgestaltung anders kalkuliert, um den in dieser Höhe entstandenen Steuermehraufwand wettmachen zu können. Außerdem hatte sie begehrt festzustellen, der Beklagte sei verpflichtet, den durch den früheren Klageantrag nicht gedeckten Schaden zu ersetzen, sofern er auf seiner Falschberatung beruhe. ....

Mit am 21.12.1990 verkündeten Urteil, auf dessen Tatbestand und Entscheidungsgründe Bezug genommen wird, hat die 6. Zivilkammer des Landgerichts Oldenburg die Klage nach Durchführung einer Beweisaufnahme abgewiesen und zur Begründung im wesentlichen ausgeführt: Die Klägerin habe ein pflichtwidriges Verhalten des Beklagten nicht bewiesen. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme müsse davon ausgegangen werden, daß der Beklagte rechtzeitig die Verpflichtung der Klägerin zum Ausdruck gebracht, die unterschiedlichen Umsätze getrennt aufzuzeichnen. Daß er der Umsatzschätzung des Betriebsprüfers nicht widersprochen habe, sei nicht zu beanstanden, weil ihm keine Umstände bekannt gewesen seien, die auf die Unrichtigkeit der Schätzung hätten hindeuten können. Daß er bei Übernahme des Mandats nicht auf die unterschiedlichen Steuersätze hingewiesen habe, könne ihm ebenfalls nicht vorgeworfen werden, weil er zu diesem Zeitpunkt habe davon ausgehen können, daß in den Buchhaltungsunterlagen die unterschiedlichen Umsätze für die Umsatzsteuer zutreffend dargestellt worden seien.

Dagegen wendet sich die Klägerin mit ihrer Berufung. Sie wiederholt im wesentlichen ihren Vortrag erster Instanz und trägt ergänzend vor, der Beklagte sei bereits bei Übernahme des Mandats verpflichtet gewesen, sie über die unterschiedlichen Steuersätze und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für ihre Buchführung hinzuweisen. Wegen der unterschiedlichen Besteuerung habe er sich auch nach den verschiedenen Umsätzen erkundigen müssen.

.....

### Aus den Gründen:

Die Berufung ist unbegründet.

Einen Schadenersatzanspruch der Klägerin, der sich nur aus einer positiven Verletzung des Steuerberatervertrages ergeben könnte, hat das Landgericht zu Recht verneint.

1. Entgegen der Auffassung der Klägerin hat der Beklagte bei Übernahme des Mandates mit 1986 weder Aufklärungs- noch Beratungspflichten verletzt.

a) Insbesondere war der Beklagte nicht verpflichtet, die Klägerin zu diesem Zeitpunkt auf die unterschiedliche Besteuerung der Speisen hinzuweisen, die in ihren Imbißbetrieben an Ort und Stelle verzehrt oder außer Haus verkauft wurden. Dementsprechend war er auch nicht verpflichtet, die Klägerin anzuhalten, die verschiedenen Umsätze getrennt aufzuzeichnen, um so eine zutreffende Umsatzsteueranmeldung nach den verschiedenen Steuersätzen zu ermöglichen.

Zwar ist grundsätzlich davon auszugehen, **daß ein Steuerberater den Betreiber einer Imbißstube wegen des ermäßigten Steuersatzes für den Verkauf von Speisen über die Straße aufzuklären und ihn darüber zu belehren hat, daß er getrennt nach den Umsätze außer Haus und denjenigen, die sich auf den Verzehr innerhalb der Imbißstube beziehen, Buch zu führen hat** (OLG Stuttgart, NJW-RR 1990, 791).

Das kann nach Auffassung des Senates aber nur dann gelten, wenn der Steuerberater annehmen muß, seinem Mandanten seien die besonderen rechtlichen Bestimmungen des Steuerrechts, insbesondere §12 Abs. 2 Nr. 1 UmsatzStG i.V.m. dem Anhang dieser Vorschrift, und die sich daraus für die Buchhaltung ergebenden Konsequenzen **unbekannt**.

Eine solche Unkenntnis brauchte der Beklagte jedoch nicht zu vermuten. **Denn bei einer Mandatsübernahme, wie im vorliegenden Fall, kann der Steuerberater grundsätzlich an die Arbeitsergebnisse seines Vorberaters anknüpfen, so daß eine weitergehende eigenständige Aufklärung des Sachverhaltes nicht zwingend geboten ist** (Gräfe/

Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung, 2. Aufl., Rdnr. 143).

Aus den Unterlagen des Steuerberaters V., der die Klägerin vorher beraten hatte, ergab sich aber, daß ihr die unterschiedliche Besteuerung der verschiedenen Umsätze bekannt sein mußte. Die in ihrem Café und in ihrer Gaststätte erzielten Umsätze versteuerte sie nämlich mit 14%, während die Umsätze, die in den Imbißstuben erzielt wurden, einheitlich mit 7% Umsatzsteuer belegt worden waren. Daraus konnte der Beklagte ableiten, daß in den Imbißbetrieben ein Außer-Haus-Verkauf stattfand. Der Beklagte hatte jedenfalls bei Übernahme des Mandats **keinerlei Anlaß anzunehmen, der Steuerberater V. habe die Klägerin über die unterschiedliche Besteuerung falsch unterrichtet**.

Im übrigen betrieb die Klägerin die **Imbißbetrieb** seit längerer Zeit **in Form eines vollkaufmännischen Gewerbebetriebes**, in dem nicht unerhebliche Umsätze erzielt wurden, wie sich aus den zu den Akten überreichten Steuerbescheiden ergibt. Auch deshalb durfte der Beklagte mangels anderer Hinweise jedenfalls bei Mandatsübernahme darauf vertrauen, daß die Klägerin über die unterschiedliche steuerliche Behandlung von Umsätzen außer Haus und den Umsätzen, die sich aus dem Verzehr innerhalb der Imbißstuben ergaben, hinreichend unterrichtet war.

Schließlich ist von wesentlicher Bedeutung, daß auch das Finanzamt anläßlich einer **Betriebsprüfung im Jahr 1985 die steuerliche Behandlung der Umsätze in den Imbißstuben nicht beanstandet hatte**. Auch deshalb brauchte der Beklagte nicht zu befürchten, die steuerliche Behandlung der Umsätze in den Imbißstuben entspreche nicht den tatsächlichen Gegebenheiten.

Darüberhinaus ist nach dem Ergebnis der in erster Instanz durchgeführten Beweisaufnahme aber auch davon auszugehen, daß der frühere Steuerberater, der Zeuge V., die Klägerin auf die unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Steuersätze hingewiesen hat. Er hat bekundet, den Geschäftsführer der Klägerin mehrfach auf die unterschiedlichen Steuersätze

aufmerksam gemacht zu haben. – Diese Aussage erscheint bereits deshalb als glaubhaft, weil der Zeuge ein Schreiben des Finanzamtes P. vom 23.2.1984 nebst einem dazugehörigen Merkblatt vorgelegt hat, das an den Geschäftsführer der Klägerin persönlich gerichtet war. In diesem Schreiben wird auf die unmittelbare Notwendigkeit hingewiesen, die Umsätze zum Regelsteuersatz und zum ermäßigten Steuersatz getrennt auszuweisen. Das Finanzamt hat den Geschäftsführer der Klägerin in diesem Schreiben um Mitteilung gebeten, wie die Entgelte für die einzelnen Steuersätze ermittelt werden. Aus einem handschriftlichen Vermerk auf diesem Schreiben ergibt sich, daß die den verschiedenen Steuersätzen unterfallenden Umsätze „getrennt aufgezeichnet“ wurden.

Zwar hat der Zeuge V. bekundet, die Klägerin dahingehend beraten zu haben, daß Umsätze, die durch Verzehr an den Stehtischen erzielt würden, ebenfalls nach dem ermäßigten Steuersatz zu versteuern seien. Daraus ergab sich aber entgegen der Ansicht der Klägerin keine Verpflichtung des Beklagten, diesen fehlerhaften Rat richtigzustellen. Denn daß der Beklagte von dieser Beratung des Zeugen V. etwas wußte, ist nicht vorgetragen worden.

Zusammenfassend läßt sich demnach feststellen, daß der Beklagte keinen Anlaß hatte, die Klägerin auf die unterschiedlichen Steuersätze und die sich daraus ergebenden Buchführungspflichten hinzuweisen. Eine Beratungspflicht anläßlich der Mandatsübernahme hat er demnach nicht verletzt.

b) Der Beklagte brauchte auch die bisher geübte Praxis der Klägerin, **die in den Imbißstuben erzielten Umsätze aufzuzeichnen, nicht darauf zu überprüfen, ob sie den steuerrechtlichen Vorschriften entsprachen.**

Zwar hatte die Klägerin den Beklagten auch beauftragt, die Prüfungstätigkeiten seines Vorgängers, soweit sie sich auf das Jahr 1985 bezogen, zu überprüfen. – Daß ihm dabei ein Fehler unterlaufen ist, läßt sich jedoch nicht feststellen. Nach seinem unbestrittenen gebliebenen Vortrag ergab sich aus den Unterlagen des Steuerberaters V., daß die Klägerin die Umsätze in den Imbißbetrieben einheitlich mit 7 % versteuerte,

man also nur von sogenannten Außer-Haus-Verkäufen ausgegangen war. Darauf durfte er vertrauen, weil er keinen Anlaß hatte anzunehmen, daß die Buchführung auf einer möglicherweise fehlerhaften Beratung des Vorberaters beruhte.

Der Beklagte konnte deshalb davon ausgehen, daß die im Imbißbereich erzielten Umsätze tatsächlich dem ermäßigten Steuersatz unterlagen, weil auch der Steuerberater V. seine Umsatzsteueranmeldungen auf der Grundlage der Angaben der Klägerin erstellte.

Anders wäre allenfalls dann zu entscheiden, wenn ihm bereits bei Mandatsübernahme bekannt gewesen wäre, daß nicht unwesentliche Umsätze auch dadurch erzielt wurden, daß die verkauften Speisen sofort an Ort und Stelle verzehrt wurden. Dafür ergeben sich jedoch keine Anhaltspunkte. Der Beklagte kann in diesem Zusammenhang nicht darauf verwiesen werden, er habe bei Übernahme des Mandates die „Imbißverkaufsstellen“ vom Auto aus in Augenschein genommen.

Abgesehen davon, daß eine derartig flüchtige Besichtigung kaum einen Eindruck über die Art der erzielten Umsätze verschaffen kann, ist aber auch nach dem Vortrag der Klägerin unklar, ob eine solche Besichtigung überhaupt einen Hinweis auf die verschiedenen Umsätze geben konnte und ob die Besichtigung mit dem Ziel durchgeführt wurde, den Beklagten über die unterschiedlichen Umsätze innerhalb der Imbißstuben zu unterrichten. Denn sie trägt selbst vor, zu diesem Zeitpunkt habe jedenfalls zum Teil nur die Möglichkeit des Außer-Haus-Verkaufs bestanden. Angesichts dieses Vortrages hätte sie substantiiert darlegen müssen, aufgrund welcher Umstände der Beklagte bei welchen Verkaufsstellen auch von der Möglichkeit des Verzehrs innerhalb der Imbißstuben hätte ausgehen müssen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß den Beklagten im Zusammenhang mit der Übernahme des Beratungsmandates keine Aufklärungs- und Beratungspflichtverletzung angelastet werden kann.

2. Aber auch Pflichtverletzungen zu einem späteren Zeitpunkt lassen sich nicht feststellen.

a) Die Klägerin hat ihre Behauptung, der Beklagte habe spätestens seit Frühjahr 1988 von der falschen Aufzeichnung der unterschiedlichen Umsätze in den Imbißbetrieben gewußt, nicht bewiesen.

Zwar hat die Zeugin F. bekundet, im Jahr 1988 habe der Beklagte erstmals die Notwendigkeit der unterschiedlichen Besteuerung angesprochen und Bedenken wegen der bisherigen Praxis geäußert.

Dieser Aussage vermag der Senat nicht zu folgen. Die Zeugin ist nach ihren eigenen Angaben an den Betriebsergebnissen der Klägerin finanziell beteiligt. Außerdem ist sie die Lebensgefährtin des Geschäftsführers der Klägerin. Sie hat deshalb ein unmittelbares Interesse am Ausgang des Rechtsstreites, das sich auch auf den Inhalt ihrer Aussage ausgewirkt haben kann. – Die beweispflichtige Klägerin ist danach beweisfällig geblieben. Eine erneute Vernehmung der Zeugin ist nicht erforderlich, weil der Senat nicht von der Glaubwürdigkeitsbeurteilung des Landgerichts abweicht.

b) Schließlich hat der Beklagte seine Beratungspflichten auch nicht bei der Schätzung des Betriebsprüfers verletzt, die anlässlich der Betriebsprüfung vorgenommen worden ist.

Das Landgericht geht in diesem Zusammenhang zu Recht davon aus, daß der Beklagte mangels hinreichender Aufzeichnungen keine Anhaltspunkte dafür hatte, die Schätzungen des Betriebsprüfers M. im Hinblick auf den Umsatz, der auf die in den Imbißstuben verzehrten Speisen entfiel, als zu hoch einzuschätzen. Vielmehr zeigen die später geführten Aufzeichnungen für August und September 1988, daß diese Schätzungen als realitätsnah zu bezeichnen sind. Sie ergeben nämlich einen Umsatzanteil von 20,25 % des Gesamtumsatzes. Die Schätzungen des Betriebsprüfers M. lagen aber jedenfalls zum Teil noch darunter, wie sich aus seinem Betriebsprüfungsbericht ergibt. Danach ist für das Steuerjahr 1983 ein Umsatzanteil von 10 %, für 1984 ein Anteil von 15 % und für die Jahre 1985 und 1986 ein Anteil von je 25 % festgelegt worden.

**Eine Verpflichtung des Beklagten, einer einvernehmlichen Schätzung zu widersprechen**

**oder die Klägerin vor einer derartigen Maßnahme grundsätzlich zu warnen, besteht auch dann nicht, wenn man davon ausgehen muß, daß eine derartige Schätzung im nachhinein nicht mehr zu beseitigen ist,** weil darin eine bindende Vereinbarung für eine bestimmte Sachbehandlung zu sehen ist (vgl. zu dieser Problematik, BFH BStBl. 1985, Teil II, S. 344 ff., 358).

Anders wäre unter Umständen zu entscheiden, wenn die beabsichtigte Vereinbarung zu **offensichtlich unzutreffenden** Ergebnissen führen würde, obwohl in einem derartigen Fall ohnehin die Bindungswirkung entfielen (BFH a.a.O.). – Daß die vereinbarte Schätzung des Umsatzanteils zu völlig unvertretbaren Ergebnissen führen mußte, läßt sich nach dem vorliegenden Zahlenmaterial aber gerade nicht sagen. Die Klägerin hat nämlich nach Angaben der Zeugin F. im August und September 1988 die unterschiedlichen Umsätze getrennt aufgezeichnet; dabei hat sie für den Verzehr an Ort und Stelle einen Umsatzanteil von 19–20 % errechnet.

Soweit sie sich darauf beruft, diese im Jahr 1988 ermittelten Umsatzzahlen könnten für die zeitlich davor erzielten Umsätze nicht zugrundegelegt werden, weil sich wegen im Jahr 1988 durchgeführter Umbauarbeiten die Umsätze aus dem Verzehr von Speisen an Ort und Stelle erheblich gesteigert habe, kann dem nicht gefolgt werden.

In erster Instanz hatte die Klägerin geltend gemacht, der Imbiß „K.-Haus“ sei bereits im Jahr 1983, der Imbiß „V.“ sei im Dezember 1984 und der Imbiß „M. T.“ sei im Mai 1988 durch einen Umbau so erweitert worden, daß danach ein Verzehr der Speisen an Ort und Stelle möglich gewesen sei. – Angesichts dieses widersprüchlichen Vortrages vermag der Senat nicht nachzuvollziehen, daß die Schätzung im Rahmen der Betriebsprüfung, die in der Zeit zwischen dem 24.5. und dem 13.6.1988 stattfand, von falschen tatsächlichen Voraussetzungen ausgegangen ist, und daß der Beklagte das hätte erkennen müssen.

## GI Leitsätze

### Wiedereinsetzung / versäumte Revisionsfrist / Aussetzung der Vollziehung

1. Wird die versäumte Rechtshandlung nachgeholt, sind innerhalb der Wiedereinsetzungsfrist die Tatsachen zur Begründung des Wiedereinsetzungsbegehrens vorzutragen.
2. Nimmt der Prozeßbevollmächtigte tatsächlich Aufgaben als Prozeßvertreter wahr, so kann eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht mit dem Hinweis begehrt werden, daß der Arzt dem Prozeßbevollmächtigten äußerste Schonung angeraten habe.
3. Mit der Zulassung der Revision entfällt das Rechtsschutzbedürfnis für eine Nichtzulassungsbeschwerde.
4. Eine Aussetzung der Vollziehung eines wegen verspäteter Revisionseinlegung bestandskräftig gewordenen Steuerbescheids ist grundsätzlich ausgeschlossen.  
(BFH, Beschl.v. 2.3.1994 – I R 134/93, I S 18/93 – BFH/NV 1995, 121)

### Anforderungen an eine Revisionsbegründung

1. Gemäß §120 Abs. 2 Satz 2 FGO muß die Revisionsbegründung oder die Revision einen bestimmten Antrag erhalten, die verletzte Rechtsnorm und, soweit Verfahrensmängel gerügt werden, die Tatsachen bezeichnen, die den Mangel ergeben. Die erhobene Rüge muß nicht unbedingt durch Angabe eines bestimmten Paragraphen gekennzeichnet werden. In jedem Fall muß aber eindeutig erkennbar sein, welche Norm der Revisionskläger für verletzt hält.
2. Darüber hinaus muß der Revisionskläger neben der Rüge eines konkreten Rechtsverstoßes die Gründe tatsächlicher oder rechtlicher Art angeben, die nach seiner Auffassung das erstinstanzliche Urteil als unrichtig erschei-

nen lassen. Hierzu bedarf es zumindest einer kurzen Auseinandersetzung mit den Gründen des FG-Urteils, die aus sich selbst erkennen läßt, daß der Revisionskläger die Begründung des angefochtenen Urteils und sein eigenes bisheriges Vorbringen überprüft hat (vgl. BFH Urt.v. 28.1.1971 – VR 80/67, BFHE 101, 356, BStBl II 1971, 331).

(BFH, Beschl.v. 1.6.1994 – II R 124/90 – BFH/NV 1995, 128)

### Unzulässige Werbung / Tätigkeitsschwerpunkte / Praxisschild

Zur Frage, ob der Zusatz „Transport- und Versicherungsvertragsrecht“ auf dem Kanzleischild und dem Briefkopf einer Rechtsanwaltspraxis eine unzulässige Werbung darstellt.  
(BVerfG Beschl.v. 15.11.1994 – 1 BvR 1969, 91 – NJW 1995, 712)

**Anmerkung:** Die Sache wurde an das OLG Düsseldorf zurückverwiesen. Die 2. Kammer des 1. Senats hat festgestellt, daß die Angabe eines Tätigkeitsschwerpunkts keine gezielte Werbung darstellt. Das OLG wird die besonderen Erfahrungen im Transport- und Versicherungsvertragsrecht zu prüfen haben.

### Wettbewerbsverbot / Abfindung ersetzt nicht die Karenzentschädigung

1. Ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot, das vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses im Rahmen eines Aufhebungsvertrages vereinbart wird, ist nichtig, wenn es überhaupt keine Karenzentschädigung vorsieht.
2. Eine für den Verlust des Arbeitsplatzes zugesagte Abfindung ist keine Karenzentschädigung im Sinne des §74 Abs. 2 HGB.  
(BAG, Urt.v. 3.5.1994 – 9 AZR 606/92 – WPK-Mitt. 1995, 57)

## GI Hinweise

1. Die Fördermaßnahmen im Wohnungsbau sind vielfältig und kompliziert. In fünfter Auflage erscheint als STEUER-TELEX-Sonderinformation von Heinz Richter und Karl-Heinz Boveleth „Die neue steuerliche Förderung des Wohnungsbaus“. Umfassend werden die Neuregelungen bzgl. des eigengenutzten, vermieteten und auch unentgeltlich überlassenen Wohnraums behandelt. Die Information wird durch eine klare Gestaltung und eine Vielzahl von Beispielen wertvoll. (Steuerberater Heinz Richter/Oberamtsrat Karl-Heinz Boveleth, Die neue steuerliche Förderung des Wohnungsbaus, 1995, 5. Auflage, 124 DIN A4, DM 77,60; ISBN 3-88606-147-7)

2. Die Generation der „Nachkriegs-Erben“ steht vor der Tür. Gestaltungsüberlegungen über Vermögensübertragungen haben einen hohen Stellenwert erhalten. Die STEUER-TELEX-Sonderinformation von Loy „Schenken und Vererben“ gibt nicht nur einen Überblick über die derzeitige Rechtslage, sondern zeigt steuerbegünstigte Gestaltungsmöglichkeiten für den Vermögenswechsel auf die nächste Generation auf. Die Darstellung wird durch Fallbeispiele, Checklisten und Schaubilder unterstützt und ist von hohem Praxiswert. (Dipl.-Finanzwirt Hartmut Loy, Schenken und Verschenken, Gestaltungsmöglichkeiten zur Reduzierung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, 1995, 120 Seiten, DIN A4, DM 77,60; ISBN 3-88606-172-8).

## Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1–10, 1995)

### Amtspflichtverletzung

- Verjährungsunterbrechung
- = Klage gg. Gewinnfeststellungsbescheid 95, 222
- Vollstreckungsmaßnahme 95, 222

### Anerkenntnis

- Information d. Berufs-Haftpflichtversicherers 95, 131

### Anscheinsbeweis

- Ursachenzusammenhang, haftungsausfüllender 95, 74

### Belehrungspflicht d. Notars

- „ins Blaue hinein“ 95, 158
- rechtliche Tragweite 95, 158
- Vorleistung, ungesicherte 95, 158

### Auskunft d. Gerichtes

- zum Fristenlauf 95, 42
- zur Zuständigkeit 95, 42

### Belehrungspflicht d. StB/WP

- Auftragsinhalt 95, 65
- Beweislast 95, 49, 178
- Dokumentationspflicht? 95, 49, 194
- Eindringlichkeit d. – 95, 178
- Erfolgsaussichten, Rechtsmittel 95, 143
- über Fehler des Vorberaters 95, 53
- Kostenbelastung 95, 143
- Nachprüfung durch StB? 95, 178
- über steuerliche Risiken
- = vermeidbare Steuern 95, 30
- relativ sicherster Weg
- = Verfassungsmäßigkeit 95, 30
- ungefragte –
- = Auftragsinhalt 95, 65

### Berichtigung (§ 129 AO)

- unterlassene FA-Prüfung 95, 157

### Berufsrecht d. StB

- Teilnahme an mündlicher Prüfung
- = Existenzgefährdung 95, 187

### Berufsverbot

- Schuldnerverzeichnis 95, 144

### Berufungsbegründungsfrist

- Verlängerungsantrag
- = pauschale Begründung 95, 20, 195
- = am vorletzten Tag 95, 195

### Bestandskraft

- Wiederholung eines VA 95, 46

### Betriebsaufgabe

- verzögerte – 95, 134

### Beweislast

- Fehlberatung 95, 49
- Kausalität
- = z. Pflichtverletzung u. Schaden 95, 21, 51

### Bilanz

- Dritthaftung 95, 51
- Testat
- = ohne – 95, 51

### Bilanzveröffentlichung

- Verletzung d. allgem. Persönlichkeitsrechts 95, 39

### Buchführungsauftrag

- Belehrungspflicht
- = Investitionszulage 95, 233
- Datenerfassung
- = durch Mandanten, Dipl.-Betriebsw. 95, 131
- Mandantenpflichten
- = fehlerhaftes Kassenbuch 95, 13

### Darlegungslast/Regreßanspruch

- Schaden
- = Umsatzsteueroption 95, 35

### Dokumentationspflicht?

- über Belehrung 95, 49, 194

### Dritthaftung

- stillschweigender Auskunftsvertrag
- = Bescheinigung ü. Steuererstattung 95, 126
- Bilanz
- = ohne Testat 95, 51
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
- = Kreditgeber 95, 126
- = Testat 95, 126

### Fachanwalt

- besondere Kenntnisse 95, 121
- Erfolgsquote Klausuren 95, 121

### Finanzgerichtsordnung

- Vertagungsantrag 95, 142

### Fristenkontrolle

- Ausgangskontrolle, Fristenkontrollbuch
- = dezentrale – 95, 43
- Eingangsmitteilung d. Gerichtes 95, 194
- Fristausnutzung 95, 94, 195



- Fristenkontrollbuch		
= Telefax	95, 2	
= Vorfristnotierung	95, 25	
- Fristüberwachung durch RA		
= Auskunft d. Geschäftsstelle	95, 42	
- Fristversäumnis, unverschuldete -		
= Azubi, falscher Briefumschlag	95, 221	
= Brief an unzuständiges FA/Gericht	95, 221	
= Eingangsmitteilung d. Gerichtes	95, 194	
= Falschadressierung, Auszubildender	95, 90	
= Krankheit	95, 239	
= Postbeförderung, neue Bundesländer	95, 42	
- Information an Mandanten		
= Einspruchsentscheidung	95, 42	
= Rückfrage beim Mandanten?	95, 42	
- Postannahme beim Mandanten		
= Postleitzahl	95, 182	
= Verlust d. Niederlegungsscheins	95, 44	
- Telefax		
= Empfang, Ausdruck	95, 2	
= Fristlöschung	95, 2	
= OK-Vermerk, Sendebericht	95, 117	
- Weisung an Bürokräft		
= mündliche	95, 207	
<b>Geschäftsbücher</b>		
- Einsicht in -	95, 168	
<b>Gewerbebetrieb</b>		
- Infektionstheorie	95, 168	
- Konkursverwalter	95, 168	
<b>GmbH</b>		
- Geschäftsführergehalt, Frist 1.1.1996	95, 39	
<b>Grundurteil</b>		
- Schadenentstehung	95, 21	
<b>Haftungsbeschränkung</b>		
- im Treuhandvertrag		
= unmittelbare Schäden	95, 183	
<b>Handakten</b>		
- Mindestinhalt, StB	95, 199	
<b>Hinweispflicht d. Gerichtes, § 139 ZPO</b>		
- Fristverlängerungsantrag	95, 195	
- Rechtsprechungsänderung	95, 199	
<b>Honoraranspruch d. RA</b>		
- Abtretung	95, 168	
- vorzeitige Beendigung des Mandates, § 13 BRAGO	95, 123	
<b>Honoraranspruch d. StB</b>		
- Arbeitsergebnisse, Vorlagepflicht	95, 199	
- Buchführung		
= Überprüfung und Korrektur	95, 35	
- Einnahme-Überschußrechnung, § 25 StBGebV		
= Prüfung und Korrektur d. Buchführung, § 25 Abs. 2	95, 35	
- Fotokopierkosten, § 17 StBGebV	95, 32	
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		
= Angabe d. Rahmensatzes?	95, 78	
= Bestimmungsrecht, Auslagenpauschale	95, 13	
= Bestimmungsrecht, Festlegung	95, 13	
= Buchführungshonorar	95, 32	
= Höchstsatz	95, 78	
= Lohnbuchhaltung	95, 32	
- Kassenbuch	95, 11	
- nach Kündigung	95, 80	
- Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV		
= Sozialversicherungsträger	95, 32	
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV		
= unwirksame Vereinbarung	95, 11	
- Unkostenpauschale, § 19 StBGebV		
= verschiedene Angelegenheiten	95, 12	
= jeder Buchungsmonat	95, 32	
- Zeithonorar		
= Angaben, § 13 StBGebV	95, 12	
= Führung des Kassenbuchs	95, 11	
= Sonderarbeiten, § 33 Abs. 7 StBGebV	95, 11	
<b>Investitionszulage</b>		
- Auftrag zur Beantragung d. -	95, 233	
<b>Kassenbuch</b>		
- Scheckverwendung	95, 13	
- Vergütung, Zeitgebühr?	95, 11	
<b>Kausalität</b>		
- Beweislast: siehe dort		
- Fehler des zweiten RA/Mitverschulden	95, 3	
- zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden		
= Anscheinsbeweis	95, 74	
- Schutzzweck		
= der Beratungspflicht	95, 75	
- Unterbrechung der -	95, 3	
<b>Kenntnis d. Steuerrechts</b>		
- Zeitschriften		
= BStBl = DStR = EFG	95, 15	
<b>Konkursverwalter</b>		
- Abgabe d. Steuererklärung	95, 142	
- gewerbliche Einkünfte?	95, 168	
- Unternehmensfortführung, Versicherungsschutz	95, 20	
- Vorsteuerabzug		
= Eigentumsvorbehaltsware	95, 39	
<b>Lohnbuchhaltung</b>		
- Fahrtkostenerstattung, steuerfrei	95, 131	
<b>Lohnsteuerhilfeverein</b>		
- Mitunternehmereinkünfte	95, 64	
<b>Mandatsniederlegung</b>		
- Mitteilungspflicht	95, 146	
- rechtswidrige Weisung	95, 124	
<b>Mandatsübernahme</b>		
- Ermittlungspflicht	95, 235	
<b>Mitarbeiter d. StB, WP, RA</b>		
- Scheckweiterleitung durch -	95, 17	
<b>Mitverschulden</b>		
- fehlerhaftes Kassenbuch	95, 13	
- Kenntnis des Mandanten		
= Investitionen, Steuerersparnis	95, 226	
- Zeitablauf	95, 30	
- Zurechnung d. Verschuldens d. zweiten RA	95, 3	
<b>Nachbesserung</b>		
- Recht d. StB	95, 17	
- nach Wechsel d. StB	95, 17	
<b>Nichtzulassungsbeschwerde</b>		
- durch Steuerberatungs-GmbH	95, 2	
<b>Notar</b>		
- Amtspflicht		
= zukünftiger Erbe	95, 104	
- Anderkonto		
= Hinterlegungsanweisung, Änderung d. -	95, 201	
- Belehrungspflichten		
= Erschließungskosten	95, 55	
- Rechtsmittel, unterlassenes		
= Erinnerungen, Mahnungen	95, 104	
- Schutzbereich des/§ 19 BNotO	95, 104	
- Tätigwerden, unverzögertes	95, 104	
<b>Parteiverrat, § 356 StGB</b>		
- Sozietät, Mandatsbeschränkung	95, 77	
- Strafsache	95, 64	
- Vollmacht, Auslegung d. -	95, 77	
<b>Praxiswert</b>		
- Nutzungsdauer	95, 2	
- Sozietätsgründung	95, 90	
- Übertragung des -	95, 2	
<b>Praxisveräußerung</b>		
- weitere Mitarbeit	95, 168	
- weitere Tätigkeit	95, 194	
<b>Prospekthaftung</b>		
- Treuhänder	95, 209	
<b>Prozeßkostenhilfe</b>		
- Unterschrift	95, 2	
<b>Prozessuale Fragen</b>		
- Vertragungsantrag, Attest	95, 142	

**Prozeßvergleich**

- Widerruf 95, 93
- Wiedereinsetzung? 95, 95

**Prozeßvollmacht**

- Widerruf, Vertretungsbefugnis 95, 90

**Prüfungspflicht**

- ungefragte –
- = Auftragsinhalt 95, 65

**Rechtsanwalt**

- Beratungspflichten
- = Beseitigung d. Erbrechts, § 1933 BGB 95, 58
- = Erbvertrag, Rücktritt vom – 95, 58
- = Verjährungsprüfung 95, 16
- = Werkvertrag, Nichterfüllung 95, 69
- Urkundenprozeß
- = Beschleunigungsinteresse 95, 21

**Rechtsberatung / Rechtsbesorgung**

- Geschäftsmäßigkeit 95, 64
- durch Verbandsvertreter, Amtsgericht 95, 90

**Rechtsmittelauftrag**

- Erfolgsaussichten 95, 143

**Rechtsprechungsänderungen**

- Aussetzung, Vorauszahlungen 95, 220
- Fristsache, Pflicht z. Weiterleitung 95, 220
- Kuraufwendungen, Amtsarzt 95, 194

**Revisionsbegründung**

- Anforderungen an – 95, 240

**Schaden**

- Betriebsumwandlung 95, 229
- bei Familienunternehmen 95, 229
- nach Fristversäumnis 95, 146
- Kalkulationsschaden, USt 95, 37
- Pachtnebenkosten, USt 95, 91
- unrechtmäßiger Vermögensvorteil 95, 82
- Zinsschaden/abstrakte Berechnung 95, 30

**Schuldnerverzeichnis**

- d. StB 95, 144

**Steuerberaterprüfung**

- berufspraktische Vorbildung 95, 90

**Steuerberatungsgesetz**

- § 46 Abs. 3 Nr. 2 Vermögensverfall 95, 144
- § 57a
- = Anzeige, Tagespresse 95, 206
- Buchhalter 95, 90, 142
- Betriebswirt 95, 142

**StB-GmbH**

- ausländische 95, 64

**Steuerberater**

- gewerbliche Einkünfte 95, 168

**Steuerberatungsvertrag**

- Auflösung des –
- = Mitteilungspflicht 95, 146
- Inhalt d. – 95, 65
- Laufzeit d. – 95, 80
- = Jahreshonorar 95, 80
- Nachbesserungsrecht 95, 17
- Pflicht z. Steuerzahlung? 95, 26

**Steuergesetze**

- Verfassungswidrigkeit 95, 30

**Steuerhaftung**

- d. GmbH-Geschäftsführers 95, 100

**Steuerhinterziehung**

- Körperschaftsteuer 95, 168
- Vorsatz 95, 168

**Steuerschuld**

- Zahlung d. –
- = Verantwortungsbereich d. StB? 95, 26

**Steuerzahlung**

- durch Steuerberater? 95, 17

**Streitgenossenschaft**

- Rechtskraft 95, 199

**Telefax**

- Ausdruck im Empfangsgerät 95, 2
- Fristlöschung 95, 2
- Zugangsnachweis
- = OK-Vermerk, Sendebericht 95, 117

**Treuhänder**

- Haftungsbegrenzung
- = unmittelbarer Schaden 95, 183
- Prospekthaftung d. – 95, 209
- Verjährung von Regreßansprüchen
- = Rechtsanwalt, § 51a BRAO 95, 214
- = Steuerberater, § 68 StBerG 95, 10

**Umsatzsteuer**

- Optionsschaden 95, 35
- Pachtumlagen, Schaden 95, 91
- Rechnungsberichtigung 95, 146
- Steuerausweis, unberechtigter § 14 Abs. 3 95, 142, 146
- tatsächliche Verständigung 95, 142

**Umwandlung**

- konsolidierte Schadenbetrachtung 95, 229

**Unterbrechung der Verjährung**

- FG-Klage 95, 222

**Unterschrift**

- PKH-Antrag 95, 2

**Urkundenprozeß**

- Aktenbeziehung 95, 21
- Beschleunigungsinteresse 95, 21

**Verdeckte Gewinnausschüttung**

- Fehlbuchungen, Scheckverwendung 95, 13
- Selbstkontrahierungsverbot 95, 39

**Verfassungsmäßigkeit**

- d. Steuergesetze 95, 30

**Vergleichsverwalter**

- Honorarschuldner f. Bilanz? 95, 102

**Verjährung (§ 51 BRAO)**

- Sekundäranspruch
- = neuer RA 95, 29
- Verjährungsbeginn
- = Fristablauf 95, 3, 27
- = Kosten d. Vorprozesses 95, 28
- = Wiedereinsetzung 95, 28

**Verjährung (§ 68 StBerG, § 51a WPO)**

- Bautreuhänder 95, 10
- Belehrungspflicht über eigene Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
- = Anlaß für – 95, 134
- = Mandatsende, neuer Steuerberater 95, 169
- Verjährungsbeginn
- = Bekanntgabe d. Steuerbescheides 95, 169
- = Bestandskraft d. Steuerbescheides 95, 169
- = Betriebsaufgabe, verzögerte 95, 134
- = Fristablauf 95, 3
- = Prozeßfehler 95, 169
- = Teilschaden 95, 220

**Verjährung (§§ 839, 852 BGB)**

- Unterbrechung der –
- = FG-Klage 95, 222

**Verletzung d. allgem. Persönlichkeitsrechts**

- Bilanzveröffentlichung 95, 39

**Verschwiegenheit**

- Abtretung d. Honorarforderung 95, 168
- Einsicht in Geschäftsbücher 95, 168

**Versicherungsschutz**

- Bindungswirkung d. Haftpflichturteils
- = sog. Voraussetzungs-Identität 95, 150
- Konkursverwalter 95, 20
- wesentliche Pflichtverletzung
- = Darlegungslast

**Versorgungswerk, Rechtsanwälte**

- Pflichtmitgliedschaft
- = geringfügige Beschäftigung 95, 64

**Vertagungsantrag**

- Attest 95, 142

**Verwaltungsakt**

- Wiederholung eines -

95, 46

**Vollmacht**

- Auslegung d. -

95, 77

**Weisung d. Mandanten**

- Bindung?

95, 49, 194

- unsachgemäße -

95, 124

**Werbeverbot**

- Anzeigen, Tagespresse

95, 206

- Auslegung § 57a StBerG

95, 206

- Tätigkeitshinweise

95, 240

**Wettbewerbsverbot**

- Karenzenschädigung

= Abfindung statt -

95, 240

**Widerruf**

- Prozeßvergleich

95, 93

**Wiedereinsetzung**

- Antrag

= Frist d. -

95, 76

- Berufungsbegründungsfrist, s. dort

- Glaubhaftmachung

95, 20

- bei Prozeßvergleich?

95, 95

**Wintergeld**

- Ausschußfrist

95, 42

**Zinsschaden**

- abstrakte Berechnung

95, 30

**Zugang**

- Beweis durch Finanzamt

95, 220

**Zustellung**

- Empfangsvollmacht

= Beendigung der -

95, 42

= Treu und Glauben über -

95, 98

- durch Mitteilung über Niederlegung

= Verlust der -

95, 45

BGH v. 16.12.1993 - IX ZR 30/93

95, 91

= WM 1994, 602 = NJW-RR 1994, 535

= VersR 1994, 824

BGH v. 8.2.1994 - VI ZR 286/93

95, 39

= wistra 1994, 301 = NJW 1994, 1281

= VersR 1994, 570 = DSr 1994, 733

BGH v. 2.3.1994 - VIII ZR 14/93

95, 9

= NJW 1994, 1864 = WM 1994, 1076

= VersR 1994, 949

BGH v. 24.3.1994 - I ZB 1/94

95, 20

= NJW 1994, 1878

BGH v. 28.4.1994 - IX ZR 161/93

95, 55

= NJW 94, 2283 = WM 94, 1673 = VersR 94, 1310

= BB 94, 1958

BGH v. 29.4.1994 - VZR 62/93

95, 2

= NJW 1994, 1879 = VersR 94, 1494

BGH v. 4.5.1994 - XII ZB 21/94

95, 2

= NJW 1994, 2097

BGH v. 26.5.1994 - III ZB 11/94

95, 42

= VersR 1995, 71 = MDR 1994, 1250

BGH v. 7.6.1994 - 5 StR 85/94

95, 77

= BGHSt 40, 188 = NJW 1994, 2302

BGH v. 8.6.1994 - VIII ZR 103/93

95, 183

= NJW 1994, 2228 = DSr 1994, 1201

= VersR 1994, 1360

BGH v. 9.6.1994 - IX ZR 125/93

95, 21

= BGHZ 126, 217 = NJW 1994, 3295

= VersR 1994, 1231

BGH v. 15.6.1994 - IV ZB 6/94

95, 44

= NJW 1994, 2898 = VersR 1995, 73

= BB 1994, 1815

BGH v. 16.6.1994 - V ZB 12/94

95, 42

= NJW 1994, 2299 = VersR 1995, 237

BGH v. 16.6.1994 - I ZR 66/92

95, 116

BGH v. 6.7.1994 - VIII ZB 26/94

95, 25

= NJW 1994, 2551 = VersR 1994, 1325

BGH v. 6.7.1994 - VIII ZB 12/94

95, 76

= NJW 1995, 533 = VersR 1995, 362

BGH v. 11.7.1994 - AnwZ (B) 3/94

95, 121

BGH v. 13.7.1994 - IV ZR 294/93

95, 58

= NJW 1995, 51

BGH v. 14.7.1994 - VII ZB 7/94

95, 90, 221

= NJW 1994, 2958

BGH v. 14.7.1994 - IX ZR 204/93

95, 3

= NJW 1994, 2882 = WM 1994, 2162

= BB 1994, 1961 = DSr 1994, 1748

BGH v. 27.9.1994 - XI ZB 9/94

95, 43

= NJW 1994, 3235

BGH v. 20.10.1994 - IX ZR 116/93

95, 70

= NJW 1995, 449 = WM 1995, 398

= VersR 1995, 212

BGH v. 27.10.1994 - IX ZR 12/94

95, 158

= NJW 1995, 330 = WM 1995, 118

= VersR 1995, 305

BGH v. 17.11.1994 - VII ZB 12/94

95, 98

= NJW 1995, 533 = VersR 1995, 362

BGH v. 1.12.1994 - IX ZR 131/94

95, 93

= NJW 1995, 521 = VersR 1995, 297

BGH v. 1.12.1994 - III ZR 93/93

95, 209

= NJW 1995, 1025

BGH v. 7.12.1994 - VIII ZR 153/93

95, 117

BGH v. 26.1.1995 - IX ZR 10/94

95, 65

= NJW 1995, 958 = DB 1995, 624

= MDR 1995, 416

BGH v. 9.2.1995 - 5 StR 722/94

95, 168

= Wistra 1995, 191

BGH v. 22.3.1995 - VIII ZB 2/95

95, 207

BGH v. 11.5.1995 - IX ZR 130/94

95, 178

- Vorinstanz OLG Hamm v. 22.6.1994

- 25 U 72/89 = GI 1995, 35

= NJW 1995, 2108

BGH v. 11.5.1995 - IX ZR 140/94

95, 169

= NJW 1995, 2108

BGH v. 6.7.1995 - III ZR 145/94

95, 222

OLG Düsseldorf v. 2.12.1993 - 13 U 25/93

95, 13

OLG Düsseldorf v. 20.1.1994 - 13 U 102/93

95, 11

OLG Düsseldorf v. 16.6.1994 - 13 U 177/93

95, 80

OLG Düsseldorf v. 16.6.1994 - 13 U 207/93

95, 32

OLG Düsseldorf v. 16.6.1994 - 13 U 218/93

95, 143

OLG Düsseldorf v. 7.7.1994 - 18 U 29/94

95, 201

OLG Düsseldorf v. 21.7.1994 - 13 U 196/94

95, 102

OLG Düsseldorf v. 21.7.1994 - 13 U 220/93

95, 100

OLG Düsseldorf v. 11.10.1994 - 17 W 63/94

95, 168

= StBg 1995, 217

OLG Düsseldorf v. 13.10.1994 - 13 U 200/93

95, 226

OLG Düsseldorf v. 7.7.1995 - 13 U 163/93

95, 199

OLG Frankfurt v. 6.10.1993 - 17 U 222/92

95, 20

= VersR 1994, 1175

OLG Frankfurt v. 13.10.1993 - 21 U 145/92

95, 17

OLG Frankfurt v. 19.5.1994 - 26 U 134/93

95, 27

OLG Frankfurt v. 7.2.1995 - 8 U 65/94

95, 229

OLG Hamm v. 2.2.1994 - 25 U 96/93

95, 126

OLG Hamm v. 9.3.1994 - 32 U 135/93

95, 90

OLG Hamm v. 27.5.1994 - 25 U 171/93

95, 51

OLG Hamm v. 1.6.1994 - 25 U 196/93

95, 53

OLG Hamm v. 22.6.1994 – 25 U 125/93	95, 35	BFH v. 18.5.1994 – I R 109/93	95, 168
OLG Hamm v. 29.6.1994 – 25 U 61/93	95, 30	= StBg 1995, 36 = Lexinform 0103850	
OLG Hamm v. 30.11.1994 – 25 U 112/93	95, 131	= Steuer-Telex 4514	
OLG Karlsruhe v. 8.3.1994 – 3 U 45/93	95, 123	BFH v. 1.6.1994 – II R 124/90	95, 240
OLG Karlsruhe v. 10.11.1994 – 11 U 87/93	95, 146	= BFH/NV 1995, 128	
OLG Karlsruhe v. 22.12.1994 – 18 a U 12/94 – n.rkr.	95, 233	BFH v. 21.6.1994 – VII R 34/92	95, 116
OLG Köln v. 1.12.1993 – 11 U 78/93	95, 17	= LEXinform 0109857 = Steuertext	4526
OLG Köln v. 29.4.1994 – 19 U 201/93	95, 16	= BStBI 95 II, 230	
OLG Köln v. 1.6.1994 – II U 244/93	95, 49	BFH v. 29.6.1994 – I R 105/93	95, 194
= StB 94, 425		= BFH/NV 1995, 109	
OLG Köln v. 26.8.1994 – 19 U 246/93	95, 78	BFH v. 7.7.1994 – X B 152/94	95, 116
OLG Köln v. 24.11.1994 – 7 U 204/93, n.rkr.	95, 104	= BFH NV 1995, 228	
OLG München v. 25.11.1993 – 29 U 1854/93	95, 64	BFH v. 10.8.1994 – I R 133/93	95, 168
= RBeistand 94, 93		= Lexinform 0126038 = Steuer-Telex 5012	
OLG München v. 19.7.1994 – 25 U 2355/94 – rkr.	95, 220	BFH v. 11.8.1994 – IV R 126/91	95, 168
= StB 1995, 114		= StBg 1995, 36 = Lexinform 019854	
OLG Nürnberg v. 8.12.1994 – 8 U 1673/94 – rkr.	95, 150	= Steuer-Telex 4515	
OLG Nürnberg v. 23.2.1995 – 3 U 263/95	95, 206	BFH v. 23.8.1994 – V II R 143/92	95, 142
OLG Oldenburg v. 22.5.1991 – 3 U 13/91	95, 235	= LEXinform 0126041 = Steuer-Telex 5017	
OLG Oldenburg v. 17.12.1993		BFH v. 8.9.1994 – V R 70/91	95, 142
– 6 U 165/93 – rkr.	95, 26	= BStBI 1995, 32	
OLG Zweibrücken v. 27.5.1994 – 1 Ss 12/94	95, 64	BFH v. 13.10.1994 – VII R 37/94	95, 64
= wistra 1994, 311		= BStBI II 1995, 10	
vgl. in diesem Heft S. 77		BFH v. 25.10.1994 – VII R 14/94	95, 142
		= BStBI 1995 II, 210	
		BFH v. 29.6.1994 – I R 105/93	95, 194
		= BFH/NV 1995, 109	
<hr/>			
LG Aachen v. 11.5.1994 – 10 O 369/93	95, 134	BAG v. 3.5.1994 – 9 AZR 606/92	95, 240
LG Bielefeld v. 27.9.1994	95, 82	= WPK-Mitt. 1995, 57	
LG Hamburg v. 26.5.1993 – 326 O 559/92	95, 15	BAG v. 27.9.1994 – 2 AZB 18/94, 17 Sa 227/94	95, 195
LG Weiden v. 7.7.1994 – 1 O 340/94 – n.rkr.	95, 37	= LAG Düsseldorf	
<hr/>			
FG Berlin v. 7.6.1993 – VIII 344/91	95, 42	BVerwG v. 21.2.1994 – 1 B 19/93	95, 64
FG Brandenburg v. 14.12.1994		= RBeistand 94, 93	
– 2 K 518/94 StB – rkr.	95, 144	<hr/>	
FG Brandenburg v. 13.5.1995 – 2 V 149/95 StB	95, 187	BVerfG v. 15.11.1994 – 1 BvR 1969, 91	95, 240
FG Hamburg v. 28.9.1993 – III 272/92 – n.rkr.	95, 64	= NJW 1995, 712	
= Stbg 1994, 197		BVerfG v. 25.11.1994 – 2 BvR 852/93	95, 194
FG Hamburg v. 7.10.1993 – II 13/93	95, 46	= NJW 1995, 711	
<hr/>			
BFH v. 22.6.1992 – IV R 125/91	95, 20	Hess. FG v. 16.3.1994 – 4 V 277/94 – rkr.	95, 39
= BFH/NV 94, 553		= EFG 1994, 681	
BFH v. 6.10.1993 – X B 85-86/93	95, 116	<hr/>	
= LEXinform 0119247 = Steuertext 4525		LAG Düsseldorf v. 23.12.1993	
BFH v. 11.2.1994 – VIII B 83/93	95, 2	– 12 (11) SA 1657/93	95, 20
= LEXinform-Dokumentnr. 0119218		= VersR 1994, 1208	
BFH v. 18.2.1994 – XI R 51/93	95, 220	<hr/>	
= BFH/NV 1994, 837		Landessozialgericht v. 27.7.1994	95, 42
BFH v. 24.2.1994 – IV R 33/93	95, 90	– L1 (3) Ar 2593	
= LEXinform 0119036 = Steuer-Telex 2810		<hr/>	
BFH v. 2.3.1994 – I R 134/93, I S 18/93	95, 240		
= BFH/NV 1995, 121			
BFH v. 15.3.1994 – XI R 89/92	95, 39		
= BFH/NV 95, 74			
BFH v. 30.3.1994 – I R 52/93	95, 2		
= LEXinform-Dokumentnr. 0109695			
BFH v. 12.4.1994 – IX R 31/91	95, 157		
= BFH/NV 95, 1			
BFH v. 2.5.1994 – X B 124/93	95, 90		
= BFH/NV 1995, 44			
BFH v. 4.5.1994 – XI R 104/92	95, 142		
= BFH/NV 95, 46			
BFH v. 18.5.1994 – I R 111/93	95, 116		
= BStBI 1995, 24			